DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

ARBEITER, UNTERNEHMER UND BAUERN IM WIDERSTAND:
Bundesweiter Demonstrationskalender Seite 6

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 163, Samstag, 17. Februar 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand

Leben in der Spritzenmörder-Dikatur:



SIE HIELT DAS LÜGEN NICHT MEHR AUS

Corona-Lüge, Maßnahmenterror, Geheimverträge, Kinderquälerei, Segregation, tödliche MRNA-Injektionen, 100 Milliarden Kriegskredite, Aufrüstung, Kriegslügen, Krieg – die Vize-Chefredakteurin der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* hielt die ewige Lügerei nicht mehr aus.

Braunau am Inn am 8. Februar 2024: Eine führende Journalistin der *Mainstream*-Presse der BRD wird in dem österreichischen Städtchen unter einer Brücke aufgefunden. Unterkühlt liegt sie am Inn, berichtet die Landespolizeidirektion Oberösterreich am Tag darauf. Alexandra Föderl-Schmid war bis 2017 Chefredakteurin des Wiener *Standards*, kam im Juli 2020, dem vermeintlichen Seuchenjahr, bei der einst renommierten *SZ* zurück ins *Big Business* der Konzernmedien.

Die *SZ* hatte Tage vor ihrem mutmaßlichen Suizidversuch gemeldet, dass sich Föderl-Schmid »aus dem operativen Tagesgeschäft der Zeitung zurückgezogen habe«, wie die umstrittene Wochenzeitung *Die Zeit* zu berichten weiß, »Hintergrund waren Plagiatsvorwürfe gegen Föderl-Schmid im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit sowie ihrer Dissertation aus dem Jahr 1996«. Doch *DW* weiß aus Wiener Quellen, dass Föderl-Schmid schon länger litt.

Die begabte Journalistin und Autorin hat es nicht nötig, in großem Stil abzuschreiben. Es geht auch nicht um »Plagiatsfragmente« in ihrer Doktorarbeit über das duale Rundfunksystem in der BRD, wie es der »Jäger der *Fake*-Doktortitel« Stefan Weber für *Nius,* einer Auskopplung des Springer-Konzerns, darstellte. Weber hatte in den zurückliegenden Jahren bereits mehrere Berufspolitiker auffliegen lassen, die für ihre Doktorarbeiten fleißig bei begabteren Geistern abgekupfert hatten oder sie gleich ganz von bezahlten *Ghostwritern* anfertigen ließen.

Nein, Föderl-Schmid hatte den Stress des Lügenterrors nicht mehr ausgehalten. Seit März 2020 unterliegen Konzern- und Staatsmedien einer Gleichschaltung. Föderl-Schmid ist nicht die Einzige, die nicht mehr an das Gute in den verordneten Lügen glauben kann. Diese Zeitung klärt seit der Gründung der neuen Friedens- und Demokratiebewegung am 28. März 2020 unabhängig auf – und wird nicht weichen.

Medien- und Kulturseiten 14 und 15

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW163

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 163. Ausgabe ab Samstag, 17. Februar 2024. | Redaktionsschluss war am 15. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir



Mut-Arzt, der für Impfopfer kämpft

Der Preis der Republik geht an den Arzt Ralf Tillenburg.
LAUDATIO von Klaus Müller

Er gehörte zu den wenigen Ärzten, die von Anfang an auf die massiven Gefahren der Coronaspritzen hingewiesen haben. Es hätte es einfacher haben und mit der Masse schwimmen können, aber das ging nicht: »Ich kann nicht lügen und den Patienten ein Präparat verkaufen, von dem ich überzeugt bin, dass es ihnen schadet«, gesteht Ralf Tillenburg. »Man wusste von Anfang an, dass es sehr viele Nebenwirkungen und Todesfälle geben wird.«

Dem Düsseldorfer Allgemeinmediziner war, als es mit Corona losging, sofort klar: »Hier ist was faul!« Fortan begann er, selbst zu recherchieren. Statt wie viele seiner Kollegen blind dem Narrativ zu folgen und sich die Taschen mit Blutgeld vollzustopfen, hinterfragte er Maßnahmen und Injektionen. Seine offene Skepsis blieb nicht ohne Folgen: »Die Ärztekammer ermittelte gegen mich, drohte mir, meine Approbation zu entziehen«, erklärte er im DW-Interview (Ausgabe 158). Die Behörden belegten ihn mit Ordnungsstrafen, doch Tillenburg gab nicht klein bei, ging gegen dieses Unrecht vor und gewann die Verfahren. Bezeichnend: »Der Ärztekammer schrieb ich einen langen wissenschaftlichen Brief, dem ich mehrere Studien beifügte. Die haben sich seitdem nie mehr bei mir gemeldet.«

Obwohl er mit 68 Jahren das Rentenalter längst erreicht hat, ist der Ruhestand für den Mut-Arzt kein Thema: »Mir macht die Arbeit so viel Spaß, dass ich daran keinen Gedanken verschwende.« Gut so! Denn neben seiner Tätigkeit als Hausarzt hat er sich inzwischen auf die Behandlung von Genimpfschäden spezialisiert, betreut in seiner Praxis bis zu 200 Spritzgeschädigte. »Die Menschen kommen aus ganz Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg«, verrät Tillenburg, der mit grausamen Schicksalen konfrontiert wird. Seine Patienten »haben teilweise Krankheitsbilder, die ich vor der Genimpfung noch nie gesehen habe«. Doch der Doc unternimmt alles, um ihnen zu helfen. Wie schön wäre es, gäbe es doch bloß mehr Ärzte von seiner Sorte. Herzlichen Glückwunsch zu diesem verdienten Preis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MARTIN MÜLLER-MERTENS. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Erblindete Moral

EINWURF von Werner Köhne

Ich kann mir nicht helfen: Nachdem ich das zweistündige Interview des amerikanischen Journalisten Tucker Carlson mit Wladimir Putin gesehen, gehört und bis in die Gesichtszüge der beiden Kombattanten hinein verfolgt habe, komme ich zu der Überzeugung, dass hier – bei aller dem russischen Präsidenten zugeschriebenen Dämonie – ein klassischer Politiker spricht, wie immer man zu dieser Spezies auch stehen mag.

In erstaunlicher Offenheit spricht Putin von Voraussetzungen und Motiven seiner Politik, wenn auch dahinter unmissverständlich der Wille zur Macht sichtbar wird. Aber in Gegensatz zu dem Lamento, das uns von Politikern aus der westlichen Wertegemeinschaft entgegenhallt, lässt es Putin bei gelegentlichen Moralisierungen und vermeidet penetrante Populismen.

Für mich als Philosoph, der immer Gefahr läuft, das Einzelne einem weltfremden Fundamentalismus zu opfern, gibt sich Putin im Gespräch konkret und differenziert, bleibt auch sein geschichtsmythisch gefärbter Nationalismus, sein Pochen auf Patriotismus, Dostojewski und die russische Seele an ein nachvollziehbares Narrativ gebunden; an eine Erzählung, in der handfeste Interessen eine Rolle spielen. Man kann sich kaum vorstellen, dass zur Zeit ein westlicher Politiker, angefangen vom unsäglichen Steinmeier bis zu Ricarda Lang, zu so einem Ausweis ihrer politischen Agenda in der Lage gewesen wären.

Mich erinnert das Interview an den Titel eines Buches von Jürgen Habermas »Erkenntnis und Interesse«. Habermas führt darin aus, wie der Anspruch auf Erkenntnis gekoppelt ist an Interesse; im günstigsten Fall schafft man so zwischen beiden eine Transparenz, die vor allem im Raum des Politischen sinnvolle Kompromisse ermöglicht; im schlimmsten Fall wird das angesprochene Interesse aber einer rigorosen Gesinnungsethik geopfert, der blind macht gegenüber den realen Interessen – und geradezu Verwüstungen im Bereich des Politischen verursacht. Genau das geschieht aber heute, wenn unter Umgehung aller Fakten Putin dämonische Züge angedichtet werden, man sich selbst aber moralische Unbedingtheit und Autonomie zuspricht. Es ist zu vermuten – und die Geschichte selbst lehrt es – dass diese Gemengelage aus erblindeter Moral und Unfähigkeit zum Kompromiss – zu Kriegen führt. Da kann man Nietzsches Abkehr von Moral schon verstehen: Lieber keine Moral als eine verseuchte.

»AUTORITÄRE STIMMEN STÄRKEN«

Die Weltgesundheitsorganisation baut ihre Zusammenarbeit mit Polizeibehörden aus

Von Batseba N'Diaye

Beim Ausrufen der Coronapandemie im Februar 2020 machte der Chef der Weltgesundheitsorganisation Tedros Ghebresyesus die Sache klar: Corona ist nicht das Problem. Mit dieser Story habe man anderes und Großes vor.

»Wir bekämpfen nicht nur eine Epidemie,« so Ghebresyesus mit stolz geschwellter Brust, »wir bekämpfen eine Infodemie. *Fake News* verbreiten sich schneller und leichter als dieser Virus und das ist genau so gefährlich«, so der unter Völkermordverdacht stehende Chef der internationalen Organisation. Damit setzte er das Signal an sämtliche Machthaber der Welt, sich die Coronalüge zu eigen zu machen, um den eigenen Herrschaftsapparat aufzubauen.

Am 6. Februar legte die Weltgesundheitsorganisation nun mehrere Berichte vor, in denen erneut die Wichtigkeit von »Gesundheitssicherheit« beschworen wurde. Gesundheit ist eine Frage der nationalen Sicherheit, so der Tenor. Die Weltgesundheitsorganisation beschäftigt sich in diesen Berichten nicht mit Fragen von guter medizinischer Behandlung und mit »Gesundheitssicherheit« ist auch nicht die Sicherheit von Arzneimitteln gemeint. Unter dem Begriff »Gesundheitssicherheit« beschäftigt sich die Weltgesundheitsorganisation mit Cyberangriffen und »Desinformation«, also Informationen, die den eigenen Märchen widersprechen.



Demokratin erinnert Justiz und Polizei an ihren Auftrag. Foto: Georgi Belickin/DW

Angefertigt wurden diese Dokumente in »Kollaboration« mit internationalen Strafverfolgungsbehörden, die selbstverständlich nur das Beste für ihre Patienten wollen. Man müsse »Stimmen der Autorität« (orig.„Voices of authority) stärken und mit wichtigen Stakeholder (dt. Interessensgruppen) zusammenarbeiten, wie den Sicherheitsorganen (aka. Geheimdiensten), den Social-Media-Konzernen, Cyber-Agenturen und NGOS, um die »Treiber von Misstrauen« ausfindig und unschädlich zu machen, so das Fazit der Polizei und der WHO.



Gegen die Anmaßungen der Macht: Demokrat mit Grundgesetz. Foto: Georgi Belickin/DW

Die Bevölkerung müsse mit umfassenden Misstrauen gegenüber ihren Mitbürgern ausgestattet werden und gleichzeitig volles Vertrauen in die Institutionen der Macht haben. Dabei soll die Frage »Wie fühle ich mich mit dieser Information« eine wichtige Rolle spielen, so die WHO in der Vorstellung der Berichte. Neu an diesen Berichten der WHO ist, dass sie in direkter Kollaboration mit Interpol, also der transnationalen Polizei, angefertigt wurden. Der Zugriff auf die »Treiber von Desinformation« wird in Zukunft also noch schneller erfolgen können also noch im Jahr 2020.

WIE FÜHLEN SIE SICH MIT DIESER INFORMATION?

Laut dem Datenstand vom 5. Februar 2024 wurden bei der Europäischen Arzneimittelagantur EMA bislang 28.717 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet, außerdem 663.102 schwerwiegende Nebenwirkungen. Kinder sind mit 16. 249 schwerwiegenden Nebenwirkungen vertreten. Experten gehen von einer massiven Untererfassung der Schäden aus.

In deutschen regierungs- und konzernnahen Medien wird im Zusammenhang mit diesen Zahlen immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich nur um sogenannte Verdachtsfälle handelt und nicht um bestätigte Impfschäden. Und da man von offiziöser Seite keine Interesse daran hat, durch umfassende Aufklärung diesen Verdachtsfällen nachzugehen, wird sich an diesem Status auch nichts ändern. Mittlerweile laufen diese »Verdachtsfälle« bereits seit drei Jahren als solche.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.671
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.340
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.207
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.881
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.317
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.879
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.226
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	78.098
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.384
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	84.064
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	87.226
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	98.554
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	1.020.907

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

DER FORTSCHRITT IN SEINEM LAUF

London/DW. Die erste mRNA-»Impfung« gegen Krebs wurde vom Pharmakonzern Moderna im Rahmen einer Studie verabreicht. Dies gab der Konzern laut einer Meldung des britischen *Telegraph* bekannt. Der Stoff soll laut einem Konzernsprecher »Effektor-T-Zellen stimulieren, die unterdrückende Immun- und Tumorzellen, die Zielantigene exprimieren, angreifen und abtöten«. MRNA-Stoffe sind, vorsichtig ausgedrückt, umstritten. (hes)

KONZERNWISSENSCHAFTLER SCHLAGEN ALARM

London/DW. Wissenschaftler von Moderna kommen in einer Studie zu dem Schluss, dass die mRNA-Coronastoffe ein »hohes Toxizitätspotiential« besitzen. Dies meldete das Online-Fachmagazin *tkp.at* am 8. Februar 2024. In der Arbeit, die im angesehen Fachblatt *Reviews Drug Discovery* veröffentlicht wurde, kommen die Konzernwissenschaftler zu dem Schluss, dass die eingesetzten Lipid-Nano-Partikel verstärkt zu Gesundheitsbeschwerden führen. So heißt es: »Die Vermeidung inakzeptabler Toxizität bei mRNA-Medikamenten und -Impfstoffen stellt eine Herausforderung dar«. (hes)

»LEBENDIGE« DATENBANK

Brüssel/DW. Mehrere zehntausend Fälle von Spritzen-Nebenwirkungen sollen laut Medienberichten aus der Datenbank der Europäischen Arzneimittelagentur EMA gelöscht worden sein. Abgeordnete des EU-Parlaments fordern nun die EU-Kommission dazu auf, Stellung zu beziehen. Die EMA sagte zu den Vorgängen, dass ihre Datenbank »lebendig« und die Löschung von Daten normal sei. Aufgefallen war das Verschwinden von Daten einer Mitarbeiterin aus der Pariser Verwaltung. Sie machte ihre Beobachtung öffentlich. (hes)

WIE MAN SICH KADER HERANZIEHT

Cambridge/DW. Der Impfzwang bleibt in der US-Universität Harvard und 70 weiteren »Eliteuniversitäten« bestehen. Dies meldete das Online-Magazin *report24.news*. Demnach verlangt Harvard »von allen Studenten, die sich auf dem Campus aufhalten, einen gewissen Schutz vor COVID-19 durch Impfung«. Gegen den weiterhin bestehenden Impfzwang hat sich nun in den USA eine Studentenvereinigung mit dem Namen »No Collage Mandates« gegründet, die gegen die Segregation an den Universitäten vorgehen will. (hes)

Die Früherkennungseinheit

Wie unter dem Vorwand des Demokratieschutzes die Demokratie von der Herrschaft abgeschafft wird.
Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Der FDP-Vize Wolfgang Kubicki hat Vorbehalte gegen das geplante und insbesondere von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne) unterstützte »Demokratiefördergesetz«. Paus kündigt an, auch Beleidigungen im Internet, die von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, gesetzlich verbieten zu wollen und Faeser hat einen 13-Punkte-Plan vorgestellt, um die Demokratie zu verteidigen.

»Es wird kein sogenanntes Demokratiefördergesetz geben, das eine institutionelle Finanzierung von Vereinen und Verbänden vorsieht, die sich als sogenannte Nichtregierungsorganisationen bezeichnen«, sagte FDP-Mann Kubicki. Zur Demokratieförderung seien Schulen, das Parlament und die Zentrale für politische Bildung berufen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Max Mordhorst meint zudem, es sei kein Geld übrig »für gesetzlich festgeschriebene Förderung unter anderem von linken NGOs«.

Lisa Paus hatte auf einer hoch emotionalen Pressekonferenz kürzlich erneut für mehr Maßnahmen gegen Hass im Netz getrommelt und meinte: Hass im Netz sei eine Bedrohung für die Demokratie insgesamt und dagegen müsse unsere demokratische Gesellschaft mehr tun. Unsere Demokratie höre nicht an den Türen des digitalen Raumes auf, so Paus. Dagegen wird wohl kaum einer widersprechen wollen, aber die Frage ist, was nun also »Hass und Hetze« ist, wenn dies Aussagen sein sollen, die eben nicht strafbar sind.

DIE BEDROHUNG KOMMT VON OBEN

Auch Nancy Faeser will den »Kampf gegen Rechtsextremismus« verstärken. Die SPD-Politikerin stellte nun das 13-Punkte-Paket »Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen – Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen« vor. Der Rechtsextremismus bleibe »die größte Bedrohung« für die freiheitliche Grundordnung in Deutschland. Paus und Faeser wollen also offenbar eine neue Meinungspolizei einführen, um von dieser ungewollte Ansichten als Hass und Hetze zu betiteln und verbieten zu lassen. Genau an dieser Stelle haben die beiden Damen eine Demokratie nicht verstanden oder wollen nicht verstehen, dass auch politisch ungewollte Meinungen zum Grundwesen einer Demokratie gehören – und man diese auch nicht unter dem Deckmantel des Demokratieschutzes verbieten lassen kann.

DIE NEUE STASI

Rechtsextremisten wollten das Vertrauen in die Stabilität und Handlungsfähigkeit des Staates untergraben, so heißt es in dem 13-Punkte Papier der Bundesinnenministerin. So werde versucht, die



Den Plänen der Regierung hält dieser Demokrat das Grundgesetz entgegen. Foto: Georgi Belickin/DW

Meinungsbildung und die politische Debatte zu manipulieren und die Demokratie zu schwächen. Eine sogenannte Früherkennungseinheit solle dies im Vorfeld analysieren und Gegenschritte einleiten. Diese Früherkennungseinheit könnte man auch als eine neue Staatssicherheit bezeichnen, wobei es natürlich nicht um die Sicherheit des Staates geht, sondern um die gesicherte Meinung der beiden Ampel-Parteien SPD und Grüne – alles andere ist ohnehin Rechtsextremismus.

Wolfgang Kubicki sieht in dem Vorgehen jedenfalls einen Angriff auf die Meinungsfreiheit, er sei als Jurist gespannt, wie Lisa Paus ein Grundrecht auf Meinungsfreiheit dauerhaft gesetzlich einschränken wolle. Es sei keine Aufgabe eines Ministeriums, Artikel 5 unseres Grundgesetzes auszulegen und nach eigenen Maßstäben darüber zu befinden, was im Rahmen unserer Verfassung möglich und nicht möglich ist, so der FDP-Politiker gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*.

Ich meine: Die Früherkennung funktioniert in Deutschland sehr gut, wir haben längst erkannt, dass es Nancy Faeser und Lisa Paus nicht um die Demokratie selbst geht, sondern dass diese beiden Damen versuchen, unsere Demokratie zu unterlaufen und Meinungsfreiheit dort unter Strafe stellen wollen, wo ihnen diese nicht passt. Wenn der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, gegen Demokratiefeindlichkeit vorgehen will, dann weiß er ja nun, wo er tatsächlich ansetzen muss – bei diesen beiden Politikerinnen, die Demokratie und Meinungsfreiheit mit schönen neuen Begriffen unterlaufen wollen.

Das Rad des Wahnsinns dreht sich immer schneller

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, wie zu erwarten war: Die Fußballfans in den deutschen Stadien zeigen, was sie vom *woken* DFB halten – nicht ganz so viel. Nach Leverkusen und Dresden (DW berichtete) legt man auch in Cottbus, Chemnitz und Braunschweig Wert auf den Fakt, dass es definitiv nur zwei Geschlechter gibt. In Cottbus prangte auf einem Banner die Botschaft: »Es gibt nur zwei Geschlechter – Beide verachten den DFB«. In Chemnitz war zu lesen: »Es gibt nur zwei Geschlechter, das sieht selbst ein Blinder! DFB-Fanshop: Herren, Damen, Baby und Kinder!« Und in Braunschweig hatten die Fans ein großes Transparent ausgerollt mit der Aufschrift: »Sehr geehrte Damen und Herren, Punkt.« Währenddessen wird auf den Plätzen inzwischen mehr Tennis als Fußball gespielt. Mit einer nicht enden wollenden Flut an Tennisbällen protestierten die Fans in vielen Stadien gegen den Einstieg eines Investors bei der DFL.

Als Fußballfan hat man es wahrlich nicht leicht: Corona-Geisterspiele, ausufernder Kommerz, zunehmende Politisierung (siehe »Sport mit Berthold«, Seite 15), dazu


Nichts für schwache Gemüter: Dieses Pferdchen ist völlig verstört, weil es sich den ganzen Tag im Kreis dreht. Damit Kinder keinen falschen Eindruck bekommen, wollen Tierschützer dieser Quälerei nun ein Ende bereiten. Foto: Commons.

noch der unsägliche Videobeweis. Und jetzt plant man, weil Gelb und Rot plötzlich nicht mehr ausreichen, auch noch die Einführung einer Blauen Karte, die einen zehnminütigen Platzverweis nach sich zieht. Sollte die tatsächlich kommen, könnte man die Zeitstrafe vielleicht einfach mit einer Tenniseinlage überbrücken. Vielleicht sollte man auch noch darüber nachdenken, statt mit einem gleichzeitig mit fünf Bällen spielen zu lassen. Wäre sicher unterhaltsam.

Auf Neuerungen werden sich möglicherweise bald auch Rummelplatz- und Freizeitparkbesucher einstellen müssen. PETA will nämlich Tierfiguren von Karussells verbannen. Ob Pferdchen, Elefant oder Delfin: Laut der Tierrechtsorganisation sei es nicht mehr zeitgemäß, Tiere zur Unterhaltung auszubeuten. Die Kinder bekämen dadurch den Eindruck, dass es normal sei, Tiere nur zu unserem Vergnügen zu benutzen. Einen derartigen Schwachsinn kann sich niemand, der nur halbwegs klar bei Verstand ist, ausdenken. Was ist eigentlich die Steigerung von völliger Verblödung? Was mich etwas verwundert: Als Alternativen zu Tierfiguren schlägt PETA neben Regenbögen – wie passend – u. a. Autos und Flugzeuge vor. Ernsthaft? Ich hätte eher mit Lastenfahrrädern, Windrädern und Wärmepumpen gerechnet. Mal sehen was als Nächstes kommt – vielleicht ja ein Schoko-Osterhasen-Verbot.

Derweil hat »Sleepy« Olaf »Sleepy Joe« im *Oval Office* besucht. Man könnte auch sagen: »Ich kann mich nicht erinnern« trifft »Honig im Kopf«. Ob Biden überhaupt wusste, wer ihm da gegenüber saß? Vor wenigen Tagen reagierte er ziemlich wütend auf Nachfragen zu seiner mentalen Verfassung. Kurze Zeit später verwechselte er dann Ägypten mit Mexiko. Gut, beide Länder haben Pyramiden, allerdings hatte er zuletzt bereits Angela Merkel mit Helmut Kohl und Emmanuel Macron mit François Mitterrand verwechselt, zudem letzteren zunächst als Staatschef Deutschlands bezeichnet. Ob der Kanzler ihn auf Nord Stream 2 angesprochen hat? Eher nicht. Warum auch? Lieber spotteten die beiden gemeinsam über das Interview von Tucker Carlson mit Wladimir Putin: »Lächerlich«. Über dieses Interview berichtete auch die *Tagesschau* am 9. Februar. Der zugeschaltete Demian von Osten, langjähriger Moskau-Korrespondent, kritisierte

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

darin: »Das hatte mit Interviews, die wir nach westlichen journalistischen Standards kennen, tatsächlich nichts zu tun.« Er habe vor allem kritische Fragen vermisst. Damit spielte er garantiert auf das Interview seiner Kollegin Carmen Miosga an, die Ende Januar den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mutig nach seinem bevorstehenden Geburtstag befragt hatte, etwa ob er sich eine Torte gönne. Vielleicht nimmt Tucker Carlson da ja mal Anschauungsunterricht. Zu dessen Gespräch mit Putin zog van Osten in einem *Online*-Kommentar folgendes Fazit: »Das Beste, was man tun kann, ist, es einfach zu ignorieren.« Der eindringliche Appell verfehlte seine Wirkung nicht: Bislang wurde das Interview allein auf X 200 Millionen Mal angeklickt.

Was ist noch passiert in den vergangenen Tagen? Das Rad des Wahnsinns dreht sich immer schneller: Es wird debattiert, ob die EU eigene Atombomben braucht. CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter, der es einst in der Bundeswehr nur bis zum Oberst schaffte, will den »Ukrainekrieg nach Russland tragen«. Kann der sich nicht auf irgendeinem Truppenübungsplatz austoben, wenn er unbedingt Krieg spielen will? Drohung gegen Julian Reichelt und *nius.de* – kein Witz: Eine »Polizei Grün«, die aus echten Polizisten besteht und ihren Sitz in der Zentrale der Bündnisgrünen hat, will sich um »Nius kümmern«. Nancy »Big Mother is watching you« Faeser (SPD) präsentierte derweil am Dienstag 13 Maßnahmen gegen – natürlich – Rechtsextremismus, während Lisa Paus (Bündnisgrüne) das Orwellsche »Demokratiefördergesetz« vorantreibt. Was haben wir doch für ein Glück, dass die sich so für den Erhalt unserer Demokratie ins Zeug legen. Eines ist sicher: Wir bleiben heiter und vergnügt.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



DAS OVG MÜNSTER UND DIE CORONA-TESTPFLICHT AN SCHULEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Der Unterrichtsbesuch an Schulen in NRW durfte im April 2021 von der Vorlage eines Corona-Tests abhängig gemacht werden. Das entschied das OVG Münster im November 2023. Eine kritische Nachlese.

Das Oberverwaltungsgericht sieht in den Pflichttests im Ausgangspunkt einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG): Bei einer Abstrichentnahme aus dem Nasen-Rachen-Raum werden Körperzellen entnommen.

Das OVG erkennt ferner an, dass ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Ausprägung von Art. 2 Abs. 1 GG) vorliegt, weil die Schüler gezwungen wurden, individuelle Gesundheitsdaten preiszugeben. Und positive Testergebnisse mussten an das Gesundheitsamt gemeldet werden.

Diese Eingriffe seien aber verhältnismäßig und damit rechtens gewesen. Der Landesregierung in NRW habe bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ein Einschätzungsspielraum zugestanden. Das Gericht müsse zwar prüfen, ob die ob die zugrundeliegenden Annahmen auf einer hinreichend gesicherten Grundlage beruhen. Wenn es aber an gesicherten Erkenntnissen fehle, genüge es, wenn jene Annahmen vertretbar seien.

Eben dies sei hier der Fall gewesen: Das RKI (Robert-Koch-Institut) habe die Gefahr durch SARS-CoV-2 seinerzeit als sehr hoch eingestuft:

Die 7-Tage-Inzidenz sei bundesweit bei 121 gelegen, in NRW bei 115.

Private Haushalte, Kitas, Schulen und das berufliche Umfeld besonders von der Gefährdung betroffen (welch Wunder: andere Umfelder gab es ja im tiefen Lockdown nicht mehr).

Die COVID-19-Fallzahlen auf den Intensivstationen stiegen seit März 2021 an; in der zweiten Aprilhälfte 2021 könnten die dort vorhandenen Kapazitäten voll ausgelastet sein.



Demokratin vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Foto: Georgi Belickin/DW

Deshalb habe alles unternommen werden müssen, um die weitere Ausbreitung des Erregers zu stoppen.

Die alte Leier: Das RKI hat immer recht. Das OVG bewertet dessen Verlautbarungen wie ein unabhängiges Sachverständigengutachten. Es ignoriert, dass das RKI den Weisungen des Bundesgesundheitsministers untersteht, und lässt sich auch nicht davon beeindrucken, dass das RKI Kinder ausdrücklich nicht für Infektionstreiber hält: Wenn die Zahl der Infektionen generell steige, dann auch an den Schulen, und man müsse eben jeden Ausbruch so gut es geht verhindern.

Bereits am 18. März 2021 stand eine im Peer Review begutachtete Studie zur Verfügung, die nachwies, dass das Vorhandensein von Kindern in einem Haushalt das Ansteckungsrisiko deutlich senkt (Wood et al., Sharing a household with children and risk of COVID-19: a study of over 300 000 adults living in healthcare worker households in Scotland, *https://doi.org/10.1136/archdischild-2021-321604*). Schlimm genug, dass solche Ergebnisse nicht zur Kenntnis genommen werden.

Und spätestens als René Gottschalk und Ursel Heudorf, die lange Zeit die Leitung des Gesundheitsamts Hessen innehatten, im Juni 2021 im Hessischen Ärzteblatt den Artikel »SARS-CoV-2 und die Schulen – Was sagen die Daten?« veröffentlicht hatten, hätte bei der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein Umdenken stattfinden müssen. Jedenfalls für die Zeit danach hätte das OVG die Testpflicht einkassieren müssen. Denn es hatte durchaus richtig gesehen, dass eine Verordnung auch nach ihrem Erlass nichtig werden kann, wenn die Vorhersagen, auf denen sie beruht, nicht eintreten.

Zur angeblich drohenden Überlastung der Intensivstationen sei auf die Drucksache des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag Nr. 19(14-2)13(2), S. 14 ff.: Kaum war § 21 Krankenhausfinanzierungsgesetz in seiner heutigen Fassung in Kraft getreten, bauten die Kliniken schlagartig Intensivbetten ab, weil ab 75 Prozent Auslastung eine lukrative Prämie winkte. Die angebliche Not war in Wirklichkeit mit betrügerischen Mitteln herbeimanipuliert worden.

Für völlig selbstverständlich hält das OVG, dass Kinder unter Aufsicht der Lehrer mit den Tests hantieren: Jene Beaufsichtigung gehöre zu den Kernkompetenzen eines Lehrers. Dass sowohl die Teststäbchen als auch die Pufferlösungen starke Gifte enthielten und der Umgang hiermit normalerweise geschultem Laborpersonal vorbehalten ist (siehe die Analysen von Werner Bergholz; der in NRW eingesetzte SIEMENS CLINITEST enthielt Natriumazid), juckt beim OVG niemanden.

Völlig übersehen wird, dass Abstriche von den Schleimhäuten zur Ermittlung einer Infektion nur geduldet werden müssen, wenn sie von Beauftragten des Gesundheitsamts durchgeführt werden (§ 25 Abs. 3 Nr. 1 IfSG). Derartige Beauftragte waren die Schulen eindeutig nicht.

Datenschutzrechtliche Belange sieht das OVG nicht verletzt. Insbesondere sei mit einer Infektion kein Stigma verbunden gewesen. Die Realität an den Schulen war, wie ich aus zahlreichen Gesprächen weiß, eine gänzlich andere.

Überhaupt nicht reflektiert wird, was es mit den Kindern seelisch macht, wenn man ihnen zu verstehen gibt, sie seien, allein indem sie existierten und ausatmeten, eine Gefahr für andere. Schwarze Pädagogik der übelsten Sorte. Und damit strafbare Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 StGB). Mit richterlichem Segen. Eine Schande.

MELDUNG

BUNDESREGIERUNG TRAF SICH MIT CORRECTIV

Berlin/Potsdam/DW. Ein Schelm, der Böses dabei denkt: Unmittelbar vor dem sogenannten »Geheimtreffen«, das am 25. November 2023 stattfand, aber nie geheim war, hat sich Jeanette Gusko, Geschäftsführerin von *Correctiv*, mit Vertretern der Bundesregierung getroffen. Dies berichtet *nius.de* und bezieht sich dabei auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf. In der Antwort der Bundesregierung heißt es: »Eine Begegnung des Bundeskanzlers mit der Geschäftsführerin von *Correctiv*, Frau Gusko», habe »spontan am Rande der Konferenz Ostdeutschland 2030« am 17. November stattgefunden. Außerdem gab es am 7. November eine Diskussionsrunde im Bundeskanzleramt, an der Gusko teilnahm und u.a. auf Carsten Schneider (SPD), den Ostbeauftragten der Bundesregierung, traf. Somit kam es in den vergangenen vier Jahren zu elf (!) Begegnungen zwischen Regierungsvertretern und Correctiv-Mitarbeiten. (kmü)

AMPEL? NEIN, DANKE!

Dresden/DW. Laut einer aktuellen Projektion von *PrognosUmfragen* kämen SPD und Grüne bei der Landtagswahl derzeit nur noch auf jeweils vier Prozent. Die FDP wird bereits unter »Sonstige« aufgeführt. Mit 36 Prozent wäre die AfD stärkste Partei vor der CDU (30 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgt das Bündnis Sahra Wagenknecht (11 Prozent). Die neugegründete Werteunion liegt bei vier Prozent. (kmü)

ALLES LÄUFT NACH PLAN IN BERLIN

Berlin/DW. Bei der Wahlwiederholung in Berlin am vergangenen Sonntag, 11. Februar 2024, die wegen Pannen durchgeführt werden musste, kam es erneut zu Ungereimtheiten. So sollen Wahllokale verspätet geöffnet worden oder abgeschlossen geblieben sein. Laut Wahlleiter sei das »alles im grünen Bereich«. Trotz einer massiven Öffentlichkeitskampagne unter dem Stichwort »Demonstrationen gegen rechts« legte die AfD in ihrem Stimmenanteil zu, während die Regierungsparteien an Unterstützung aus der Bevölkerung verloren. (hes)

RADARANLAGEN STATT WINDRÄDER

Erbendorf/DW. In DW-Ausgabe 130 vom 22. April 2023 hatte Hermann Popp erklärt, wie er mit seiner »Bürgerinitiative Windkraftfreie Heimat Hessenreuther Wald« (WHHW) den Bau von acht Windrädern inmittern der Natur verhindern will. Nun kam Hilfe von unerwarteter Seite: Die Bundeswehr legte gegen die Windkraftanlagen zumindest in Teilen des Waldes ihr Veto ein. Grund: Innerhalb der Flächen würden militärische Belange berührt, so könnten etwa Radar- und Funkanlagen in ihren Funktionen beeinträchtigt werden. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: • Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt •
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8 •
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnersta ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen •
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle •
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WIEN - A: Dienstag 14.15 • ORF Wien • Karlsplatz, Free Assange
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 17.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.2.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 17.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.2.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 17.2.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 17.2.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 17.2.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 17.2.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 17.2.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 18.2.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 19.2.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 19.2.2024 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 19.2.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 19.2.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 26.2.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 19.2.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 19.2.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 19.2.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 19.2.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 19.2.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 20.2.2024 14:30-15 Uhr	Berlin, zwischen den Botschaften von Großbritannien und USA	Menschenkette für Julian Assange
Di, 20.2.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.2.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 20.2.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.2.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 20.2.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 21.2.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 21.2.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 21.2.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 21.2.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 21.2.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 21.2.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 21.2.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 21.2.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 21.2.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 21.2.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 22.2.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 22.2.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 22.2.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 22.2.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 22.2.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 22.2.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 22.2.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 22.2.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 22.2.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 22.2.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 23.2.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 24.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 24.2.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 24.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 24.2.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 24.2.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 24.2.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 24.2.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 24.2.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 26.2.2024 19-20 Uhr	Mayen, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 6.3.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



In Dahme/ Mark kommen 12. Februar 2024 Hunderte zusammen, um mit den Bauern für ein Ende des Verarmungs- und Kriegsregimes zu demonstrieren. Die demokratisch Bewegung erhält von Passanten regen Zuspruch. Warme Getränke werden von anliegenden Gastronomen bereit gestellt. Am Rande der Versammlung wird das weitere Vorgehen besprochen und die Vernetzung außerhalb der kontrollierten Verbandsstrukturen vorangetrieben. Foto: Telegram/Demofotos



Am 12. Februar 2024 in Wandlitz. Hier sind es weniger Demokraten, die zusammenkommen. Dennoch ist die Stimmung ungetrübt, denn die Demokratiebewegung, die seit 28. März 2020 auf die Straße geht, hat schon einige Höhen und Tiefen erlebt. Man weiß: Der Sieg der Demokratiebewegung wird umfassend sein. Das bedeutet, dass wir über die wichtigen Fragen (wie beispielsweise die Frage nach militärischen Bündnissen) basisdemokratisch abstimmen müssen. Foto: Telegram/Demofotos



Der 12. Februar 2024 in Frankfurt an der Oder. Nach einem erfolgreichen Protestauftakt der Bauern und Unternehmer am Tage gab es auch am Abend in Frankfurt wie jeden Montag einen Spaziergang; mit hunderten Teilnehmern und einer klaren Botschaft: Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Foto: Telegram/Demofots

POLIZEI DER »GRÜNEN« PARTEI

»Maßnahmen Dritter, die von überregionaler, gesamtstaatlicher Bedeutung sind, bedarfsgerecht fördern« – zur Polizeitruppe des perversen Putschregimes | Von Alexandra Motschmann

Die »PolizeiGrün« ist ein Verein, der seine Hauptgeschäftsstelle in Berlin bei der Bundesgeschäftsstelle Bündnis90 / Die Grünen in Berlin hat und durch seinen Vorsitzenden Armin Bohnert sowie Kassierer Martin Kirsch vertreten wird.

Armin Bohnert ist seit Oktober 2010 Mitglied bei Bündnis 90/die Grünen im Kreisverband Freiburg, was auch auf der Seite im Netz zu lesen ist und darauf hinweist, dass die Grünen als Partei eine eigene Polizei als Verein aufbaut.

Vor über 90 Jahren gab es schon mal eine Polizei einer Partei, diese wurde damals Gestapo genannt und sie besaß weitreichende, unkontrollierte Machtbefugnisse bei der Bekämpfung politischer Gegner, zu denen nicht nur Oppositionelle, sondern nach der nationalsozialistischen Ideologie etwa auch Juden, Roma, »Asoziale« und Homosexuelle gehörten.

Die PolizeiGrün e.V. wünscht sich die Polizei als gesellschaftlichen Bestandteil, was sie bereits ist und sich auch immer weiterentwickelt und im Normalfall als Stifter des Friedens von der Bevölkerung angesehen werden will. Abgesehen von der Zeit während der Corona-Plandemie, in der die Polizei ohne Reflexion die »Maßnahmen« ihrer Regierung umgesetzt hat.

Warum wird eine neue Polizei gegründet – um die rechtsstaatlichen Prinzipien umzusetzen, obgleich diese schon vorhanden sind? Auf der Webseite dieses Vereins wird dem Leser erzählt, dass die Mitglieder aus verschiedenen Landtagen und im Deutschen Bundestag sind und auch im Lobbyverzeichnissen verschiedener deutscher Parlamente, unter anderem des Deutschen Bundestages, erfasst wurden. Außerdem ist der Zweck des Vereins PolizeiGrün die Beratung politischer Entscheidungsträger in polizeispezifischen Fragen, die Mitwirkung bei der Ausgestaltung einer noch moderneren und bürgerfreundlicheren Polizei sowie die Förderung des Austausches und des Verständnisses zwischen Grüner Politik und den Belangen der Polizeibediensteten.

»DENK ICH AN DEUTSCHLAND IN DER NACHT, BIN ICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT« – HEINRICH HEINE

Die Polizei soll aber immer unparteiisch sein und darf sich normalerweise im Dienst, mit dem heutigen Stand der Rechtsprechung, noch nicht mal politisch äußern, auch wenn dies immer eine Ermessensfrage ist. Wie soll man also diesen Verein, der sich zur Aufgabe macht, die Verständnisse zwischen Grüner Politik und den Belangen der Polizeibediensteten zu fördern, verstehen? Alle Polizeibediensteten in unserem Staat haben die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, was im Polizeirecht verankert ist. Zudem ist die Polizei natürlich als Gefahrenabwehr im Bereich der inneren Sicherheit tätig. Also wozu wird von der Partei Die Grünen eine zusätzliche Polizei aufgebaut? Muss hier nicht unsere staatliche Polizei beziehungsweise. Der »Verfassungsschutz« ein Auge darauf werfen?

Was auch sehr interessant ist, ist das Demokratiefördergesetz. Wozu benötigen wir ein Gesetz, um die Demokratie zu fördern, die wir bereits haben? In den 80er-Jahren gab es die RAF, die selbsternannten Rote Armee Fraktion. Mit der sind unsere Regierung und die Polizei sehr gut fertig geworden und haben einer kriminellen Organisation in ihre Schranken verwiesen. Über die Ideen (und Entstehung) dieser RAF lässt sich sicherlich lang diskutieren, nur wenn es zu Morden kommt, dann ist dies eine Bedrohung unserer demokratischen Ordnung.

Was bedeuten heute die Zeilen in diesem neuen Gesetz? »Es soll der Boden bereitet werden für eine längerfristige, altersunabhängige und bedarfsgerechtere Förderung von Maßnahmen Dritter, die von überregionaler, gesamtstaatlicher Bedeutung sind und für die ein erhebliches Bundesinteresse besteht.« Wer sind hier die Dritten? Die Förderung der Demokratie ist Aufgabe der Länder im Bereich der Bildung. Demokratie ist eine Regierungsform, bei der die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und über ihre Regierung zu bestimmen.

Demokratie leitet sich vom griechischen »demos« (Volk) und »krátos« (Herrschaft) ab und bezieht sich auf die Herrschaft des Volkes. Die wohl beste Form einer Demokratie ist die Direkte Demokratie. In einer Direkten Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht, direkt über politische Fragen abzustimmen und Gesetze zu erlassen. Dieses Prinzip wird bereits in der Schweiz angewandt. Für was benötigen wir also ein Demokratiefördergesetz, das »Maßnahmen Dritter, die von überregionaler, gesamtstaatlicher Bedeutung sind, bedarfsgerecht fördert«? Demokratie kann nicht überregional und gesamtstaatlich implementiert werden, da alles vom Volk »demos« ausgehen muss. Quo vadis Deutschland?



Alexandra Motschmann ist Dichterin und Managerin von internationalen Großprojekten in der IT-Branche. Sie lebt in Bayern.



Mit opferbereitem Einsatz und massenhafter Solidarität zeigen die spanischen und französischen Bauern derzeit, wie Kampf jenseits von Symbolen gegen das Schweineregime beginnt. Auf dem Bild: Spanische Bauernmacht schließt Grenzübergang zu Frankreich. Foto: Mirabelle Ortenscheid

NEOFASCHISTEN IM KAMPF »GEGEN RECHTS«

Tränengas und Schlagstöcke gegen unsere Bauern. Kämpfe in Biberach zwischen Regime und Menschen bis in die Nacht des 14. Februar. Im Folgenden DW-Autor Ullrich Mies in einer Stellungnahme für DW zum 14. Februar 2024 und den Kampfhandlungen in Biberach:

»Das Berliner Neo-Faschoregime unter dem mutmaßlichen Finanzkriminellen Scholz dreht voll durch. Sie haben fertig, sind aber noch nicht fertig, da dürfen wir uns keine Illusionen machen.«

Um ihren politischen Kurs durchzusetzen, werden sie Deutschland noch voll vor die Wand fahren, denn sie schaffen vollendete Tatsachen mit allem, was sie machen. Es soll kein Zurück mehr geben. Es ist das ekelerregendste Regime seit 1945. Neofaschisten im »Kampf gegen rechts«, es ist zum Totlachen!

Aber die »Kampf gegen rechts«-Psyop ist genial, das muss der Widerstand ihnen lassen, anderenfalls liefen ihnen auch nicht so viele hinterher. Das ist jedoch der einzige »Erfolg«, den sie vermelden können. Diese Drecksnummer zogen sie aus der Schublade, als ihnen der Bauernprotest zu entgleiten drohte. Gleichgeschaltet auf allen Ebenen, voll im Kriegsmodus nach innen und außen. Billionenschäden haben sie bereits zu verantworten.

Im Aufmarsch gegen Russland werden sich Nato-Verbrecher und Berliner Vasallen die verdient blutige Nase holen. Die Frage bleibt allein, ob Zentraleuropa dabei in Flammen aufgeht. Wir müssen uns dem Treiben mit allen Mitteln entgegenstellen. Der Widerstand braucht eine »Zentralstelle zur Dokumentation organisierter Politkriminalität«.



Ullrich Mies studierte Politik in Duisburg und Jamaica, arbeitete für die Arbeitsagentur und ist Bestsellerautor.



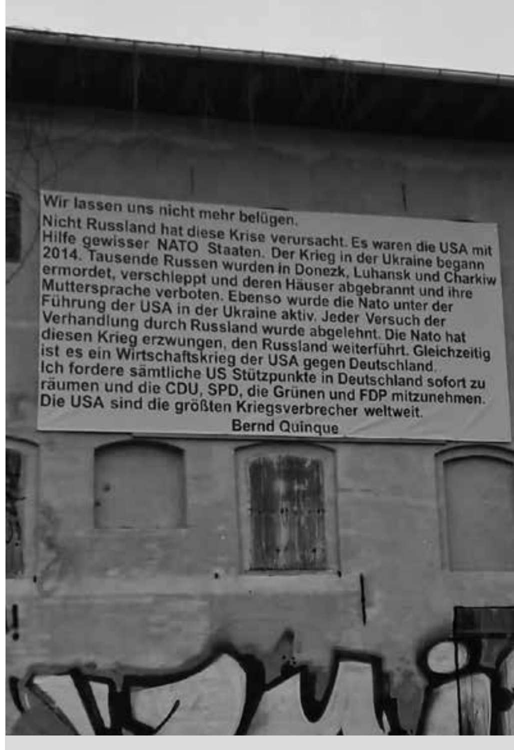
WIDERSTAND IN BIBERACH

Am 14. Februar, diesmal Aschermittwoch und Valentinstag zugleich, trafen sich die politischen Parteien. Die Bündnisgrünen wurden von der Bauernmacht und unter anderem dieser Schildersammlung in der Stadt Biberach »begrüßt«.

Nachdem Hunderte Menschen Zufahrtsstraßen blockiert hatten und es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, mussten die Bündnisgrünen ihren Politischen Aschermittwoch in der schwäbischen Stadt aus Sicherheitsgründen absagen.

Ausführlichere Infos lesen Sie auf Seite 10.

Foto: DW/Instagram



BERLINER UNTERNEHMER QUINQUE HAT EXPANDIERT

Bereits mehrfach berichtete der DW über Bernd Quinque (letztmals in Ausgabe 140). Der Unternehmer betreibt in Berlin-Pankow ein Autohaus und nutzt die Fensterscheiben seines Betriebes bereits mehr als zwei Jahre lang für politische Botschaften, um die Menschen wachzurütteln. Die Fenster reichen ihm nun jedoch offenbar nicht mehr aus: Quinque hat expandiert. An der Fassade eines alten Mühlengebäudes, das sich direkt gegenüber seinem Autohaus befindet, hängt seit gut einer Woche ein Riesenbanner mit einer neuen Botschaft. Dieses thematisiert den Ukrainekrieg sowie den Wirtschaftskrieg, den die USA – laut Quinque »die größten Kriegsverbrecher weltweit« – gegen Deutschland führe. Die Reaktionen darauf sind bislang gemischt, wie der 70-Jährige gegenüber DW erklärt. Es gebe Zustimmung, aber auch Ablehnung: »Im Supermarkt sagte mir eine Frau, ich solle mich schämen.« Trotz derartiger Begegnungen bleibt der Freiheitsaktivist zuversichtlich: »Ich möchte den Menschen die Augen öffnen und glaube, dass mir dies auch bei einigen gelingt.« Der DW meint: Bravo! Absolut nachahmenswert. (kmü)



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Der Freiheitsgedanke wird sich durchsetzen«

Demo-Streamer Sebastian Weber alias Weichreite im Interview | Von Klaus Müller

DW: Bitte stellen Sie sich kurz vor!
S.W.: Ich bin 34, komme aus Zwenkau nahe Leipzig, bin gelernter Restaurantfachmann, war sieben Jahre Berufssoldat, danach zwei Jahre selbstständig im Bereich *Marketing*. Seit dem 8. November 2020 bin ich als freier Reporter tätig. Damals hatte mich meine Steuerberaterin auf eine Querdenken-Demo nach Leipzig mitgenommen. Ich wusste zunächst gar nicht, worum es ging, war aber total beeindruckt.

DW: Inwiefern?
S.W.: Es war der größte Menschenauflauf, den ich bis dato gesehen hatte. 30.000 Menschen marschierten durch die Innenstadt. Überall war Polizei. Sie lotste den Demozug direkt in Richtung der Antifa, die die Demonstranten belästigten und als »Nazis« diffamierten. Eine Frau brüllte mich wie von Sinnen mit weit aufgerissenen Augen fünf Minuten lang an, ich solle meine Maske aufsetzen. Als die Demo später von der Polizei aufgelöst wurde, kam es zu chaotischen Szenen. Die Menschen wurden drangsaliert. Als Reaktion darauf flogen Steine, Pyrotechnik wurde gezündet. Ich bekam eine Ladung Pfefferspray ab. Es war der pure Wahnsinn.

DW: Was ging Ihnen da durch den Kopf?
S.W.: Ich fragte mich: Wie kann es sein, dass die Grundrechte eines jeden Einzelnen plötzlich keine Rolle mehr spielten? Und vor allem: Warum wurde über ein so großes Ereignis nicht berichtet? Die Antwort auf die letzte Frage lag auf der Hand: Weil die Medien ihren Job nicht mehr machten. Und so wurde ich schließlich zum Demo-*Streamer*.

DW: Wie kamen Sie auf Ihren »Künstlernamen«?
S.W.: Ich dachte, im Internet geht es viel um Reichweite. Weichreite klingt aber origineller *(lacht)*.

DW: Bei Ihrer Arbeit setzen Sie sich oft Gefahren aus. Im Sommer 2021 wurden Sie auf einer Demo in Kassel zusammen mit DW-Herausgeber Anselm Lenz widerrechtlich verhaftet. Was war passiert?
S.W.: Ich sah, dass mehrere Leute vor einer Hauswand standen, von der Polizei durchsucht wurden und erfuhr, dass es sich dabei um Anselm Lenz und sein DW-Team handelte. Man steckte sie in einen Gefangenentransporter, in dem sie bei brütender Hitze eine Stunde lang warten mussten. Ich filmte alles, weshalb ein Polizist nach meinem Presseausweis fragte. Er behauptete, der sei gefälscht und ich hätte eine polizeiliche Maßnahme behindert.



Weichreite bei der Arbeit. Der Streamer ist auch politisch aktiv. Im Mai 2019 wurde er für die AfD in den Stadtrat von Borna gewählt, im September 2019 zog er für die Partei in den Kreistag (Landkreis Leipzig) ein, dem er bis heute angehört. Foto: privat.

DW: Wie ging es weiter?
S.W.: Ich wurde ebenfalls festgenommen. Das Polizeirevier war nur fünf Minuten entfernt, aber der Gefangenentransporter fuhr erst noch eine Stunde mit uns planlos durch die Gegend, ehe wir auf dem Revier landeten. Vielleicht wollten sie uns schikanieren. Ich fragte mich: Ist das wirklich noch ein Rechtsstaat, in dem wir leben? Wir wurden in Zellen gesteckt. Nach vier Stunden holten sie mich raus und sagten mir, mich würde ein Verfahren wegen Urkundenfälschung erwarten.

DW: Und?
S.W.: Das wurde recht schnell eingestellt. Der Presseausweis war echt, der hatte 120 Euro gekostet. Den habe ich aber nie zurückbekommen. Wenn mich heute die Polizei nach dem Ausweis fragt, antworte ich immer: »Der liegt doch bei euch in Kassel.« Das ist schon ein *Running*-Gag.

DW: Sie werden in Ihrem Job zwangsläufig immer wieder mit der *Fake*-Antifa konfrontiert. Was war Ihr übelstes Erlebnis mit der Bande?
S.W.: Im November 2022 lief ich mit einer Freundin durch Leipzig-Connewitz. Ich wollte dort mit den Menschen reden und herausfinden, wie sie denken, was sie beschäftigt. Ein stadtbekannter Grünen-Politiker, der mit der Antifa verbandelt ist, rief dann dazu auf, mir einen Besuch abzustatten. Es dauerte nicht lange, bis sie sich blicken ließen. Von einem Vermummten wurde ich mit einer Holzlatte angegriffen *(siehe YouTube/Anm. d. Red.)*, dabei zum Glück nur leicht verletzt. Zwei Migranten eilten mir zu Hilfe, wofür ich sehr dankbar war.

DW: Man braucht für Ihren Job definitiv ein dickes Fell. Was noch?
S.W.: Eine Mischung aus Überzeugung, Ausdauer und Humor kann nicht schaden. Die Politik verfährt nach dem Motto »Teile und herrsche«, sie hat es geschafft, links und rechts gegeneinander aufzuhetzen. Dabei sind beide Seiten für eine demokratische Gesellschaft vonnöten. Die Gräben sind inzwischen sehr tief. Ich versuche, mit meiner Arbeit zu vermitteln, aber das wird immer schwieriger.

DW: Wie geht es weiter?
S.W.: Ich denke, immer mehr Menschen bekommen mit, in welche totalitäre Richtung sich unser Land entwickelt. Die Politik versucht, von den vielen Missständen abzulenken. Der Freiheitsgedanke wird sich bei den Menschen letztlich durchsetzen. Derzeit geht es vielen wohl noch zu gut, weshalb sie ihren Arsch nicht hochkriegen. Aber das wird sich bald ändern.

DW: Herr Weber, vielen Dank für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

BITTE RUHIG UND SACHLICH BLEIBEN

Es wird immer deutlicher: Hier wird etwas ganz Großes gegen die Menschheit durchgezogen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie diese Wochenzeitung herausgeben. Ich gehöre seit März 2020 zu den Maßnahmenkritikern, war auf allen großen August-Demos in Berlin. Dort wurde ein Plakat mit Gandhi getragen, dem großen Vorbild des demokratischen Widerstandes. Ich bitte die DW-Redaktion: Bleiben Sie Gandhi treu! Bei einigen Schlagzeilen der letzten Ausgaben konnte man den Eindruck haben, dass sich der DW mit der Anwendung von Gewalt gemein macht. Davor kann ich nur warnen, darauf warten unsere Gegner, um zuschlagen zu können. Bitte bleiben Sie ruhig und sachlich und achten Sie darauf, keine Angriffsflächen zu liefern.

Ich bitte auch von Selbstüberschätzung unserer wichtigen Bewegung abzusehen. Denn jede Wahl hat bisher gezeigt, dass die Masse noch nicht erkannt hat, dass es ihnen an den Kragen gehen soll. In DW 159 wurde die Demo in Göttingen am 13. Januar 2024 erwähnt. Ich wusste sofort: Da fahre ich hin. Es war eine sehr schöne Demo, der sich die Pseudo-Antifaschisten mit Gewaltanwendung entgegen gestellt haben, aber es zeigte leider auch, dass der Mobilisierungsgrad unserer Bewegung nicht in Bestform ist. Mein Tipp: Große Demos am Samstag einmal im Monat, regionale Demos am Sonntag, da kann man eher öfter hingehen als an Samstagen. Zwecks Vernetzung meine Mailadresse: oeko.fjs@googlemail.com.
– Felix Staratschek, Radevormwald

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Bezahlkarte für Flüchtlinge – Türöffner für CBDCs?

Über Strategien uns an die Währung der Kontrolle zu gewöhnen | Von Ernst Wolff

Vor drei Monaten, im November 2023, haben Bundeskanzler Scholz und die Ministerpräsidenten der Länder verabredet, 2024 eine Bezahlkarte für Flüchtlinge einzuführen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat daraufhin eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Ende Januar 2024 ein Modell für eine solche Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards erarbeitet hat. Die Bezahlkarte soll nun im Sommer dieses Jahres in allen 16 Bundesländern eingeführt werden, wobei sich 14 auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt haben, während Bayern und Mecklenburg-Vorpommern eigene Wege gehen wollen.



Konzernherrschaft und Freiheit wollen nicht so recht zueinander passen, so diese Demokraten. Foto: Georgi Belickin/DW

Das Ganze soll folgendermaßen funktionieren: Statt mit von den Kommunen ausgezahltem Bargeld sollen Geflüchtete, die im Asylantragsverfahren sind oder nur einen Duldungsstatus haben, ihre Einkäufe über eine Karte abwickeln. Das Geld soll regelmäßig von den Sozialbehörden an Banken überwiesen werden, die die Karten mit dem Guthaben aufladen. Die Ministerpräsidentenkonferenz beschreibt die Ziele so: »Mit der Einführung der Bezahlkarte senken wir den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen, unterbinden die Möglichkeit, Geld aus staatlicher Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen und bekämpfen dadurch die menschenverachtende Schlepperkriminalität.« Der niedersächsische Ministerpräsident sagt dazu: »Mit einer Bezahlkarte werden Bargeld-Auszahlungen an Asylbewerberinnen und -bewerber weitgehend entbehrlich.«

Die Einführung der Bezahlkarte ist also eine von vielen Maßnahmen, die zurzeit dafür sorgen, dass das Bargeld immer weiter zurückgedrängt wird. Das aber ist noch lange nicht alles. Technisch gesehen, bietet die neuen Karte nämlich nicht nur die Möglichkeit, Bargeldbehebungen zu unterbinden, sondern erheblich mehr: So wird bereits ganz offen darüber diskutiert, dass man die Karten ortsgebunden, zweckgebunden oder auch zeitlich limitiert ausgeben könnte. Ortsgebunden heißt: Das Geld dürfte nur in dem Landkreis ausgegeben werden, in dem der Flüchtling gemeldet ist. Zweckgebunden bedeutet: Der Flüchtling könnte das Geld nur für bestimmte Waren, zum Beispiel Lebensmittel und Kleidung, verwenden und von bestimmten Zahlungen, zum Beispiel für Alkohol und Zigaretten, ausgeschlossen werden. Zeitlich limitiert wiederum bedeutet, dass das Geld ein Ablaufdatum erhalten würde, was es dem Flüchtling unmöglich machen würde, das Geld über einen längeren Zeitraum zu sparen.

All diese Eigenschaften sollten uns aufhorchen lassen – ebenso wie die enorme Geschwindigkeit, mit der das Projekt voranschreitet. Dass ein behördliches Vorhaben im November auf den Weg gebracht, zwei Monate später beschlossen und bereits im darauffolgenden Sommer umgesetzt wird – das ist in der Tat überaus ungewöhnlich und zeigt, dass zumindest die technologischen Voraussetzungen zur Umsetzung längst vorhanden sind. Aufschlussreich ist auch die Tatsache, dass die Bezahlkarte in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover bereits im Dezember 2023 als sogenannte SocialCard eingeführt wurde – unter einem grünen Oberbürgermeister und in Zusammenarbeit mit dem Kreditkartenunternehmen Visa. Und noch etwas ist überaus interessant: Neben Flüchtlingen sollen in Hannover künftig auch Menschen, die Sozialhilfe beziehen und kein eigenes Konto haben, die sogenannte SocialCard nutzen können.

»BARGELD IST EIN PRIVILEG!«, WERDEN SIE KRAKEELEN

All das erscheint doch sehr auffällig. Hier wird – quasi durch die Hintertür – programmierbares Geld eingeführt, zunächst für Flüchtlinge, dann für Sozialhilfeempfänger und dann … möglicherweise für Arbeitslose oder auch für Rentner… und möglicherweise in der Form von universellem Grundeinkommen? Auffällig ist auf jeden Fall, dass die Karte genau die Eigenschaften besitzt, die zu den Kerncharakteristika von dem Geld gehören, das uns nach der Vorstellung von Regierungen und Zentralbanken in absehbarer Zeit erwartet: nämlich CBDCs, auf englisch Central Bank digital Currencies, zu deutsch: digitales Zentralbankgeld.

Nur zur Erinnerung: Digitales Zentralbankgeld bedeutet, wir alle sollen nur noch ein einziges Konto haben, und zwar bei der Zentralbank. Den Geschäftsbanken wird die Kreditvergabe entzogen, sie liegt einzig und allein bei der Zentralbank. Die wiederum gibt das Geld in programmierbarer Form heraus, das heißt sie kann es an zahlreiche Bedingungen knüpfen, die sie allein festlegt. Wichtig ist, Folgendes zu wissen: Dieses neue Geld, das zurzeit unter Hochdruck von 130 Zentralbanken in Zusammenarbeit mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) entwickelt wird, stößt bei sehr vielen Menschen auf Widerstand, da es uns alle in nie dagewesener Form dem Wohlwollen des Staates unterwirft. Ein Großversuch zur Einführung des digitalen Zentralbankgeldes im größten afrikanischen Industrieland Nigeria ist zum Beispiel gründlich gescheitert. In den USA ist die Einführung des neuen Geldes bereits Wahlkampfthema, da auch dort eine erhebliche Zahl an Bürgern es vehement ablehnt (DW berichtete).

Aus diesem Grund sind diejenigen, die dieses Projekt voranbringen, darauf angewiesen, jede denkbare Möglichkeit auszuloten, wie sich CBDCs still und heimlich in den Alltag integrieren lassen. Besonders wirksam ist dabei natürlich folgende Methode: Man nehme ein aktuelles Thema wie den Missbrauch staatlicher Hilfsgelder, bausche es auf und präsentiere dann eine Lösung, die gleichzeitig den Weg für die Einführung des neuen Geldes ebnet. Wichtig ist dabei, dass man den Zusammenhang zwischen beidem auf keinen Fall erwähnt, aber das fällt aus mehreren Gründen nicht schwer. Zum einen wird die bevorstehende Einführung von digitalem Zentralbankgeld von den Medien weitgehend ignoriert, und für Politiker scheint sie überhaupt nicht zu existieren. Es verwundert daher auch nicht, dass sich sämtliche Parteien des Bundestags – also die Ampelkoalition, CDU-CSU, Linke und AfD – in dieser Frage vollkommen einig sind.

SCHRITT FÜR SCHRITT IN DIE TOTALKONTROLLE

Für mich bestätigen die Entwicklungen: Es ist kein Zufall, dass unsere Wirtschaft zurzeit von ahnungslosen Dilettanten an die Wand gefahren wird, dass weltweit Schulden gemacht werden, als gebe es kein Morgen und dass das Finanzsystem auf allen fünf Kontinenten in nie dagewesener Weise geplündert und zerstört wird. Was wir erleben, ist nichts anderes als das Endstadium des bestehenden Geldsystems und die hinter dem Rücken der internationalen Öffentlichkeit stattfindende Vorbereitung der Einführung eines neuen Geldsystems. Um dieses neue System einzuführen, muss man allerdings den Widerstand der Bevölkerung überwinden, und das kann man tun, indem man zwei verschiedene Taktiken anwendet: Einerseits setzt man die Bevölkerung unter Druck – durch Inflation, Kriege, Panikmache ums Klima, Panikmache um Gesundheit, soziale Spaltung. Andererseits gewöhnt man die Bevölkerung ganz langsam hintenherum an die eine oder andere Eigenschaft des neuen Geldes – zum Beispiel durch die Einführung von Bezahlkarten für Flüchtlinge.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022).

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net, wo er in Gänze als Audiostrecke einhörbar ist. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

AUF WAHRE WERTE BESINNEN

»Deutschlands Tage als industrielle Supermacht sind gezählt«, so tönt es mittlerweile aus den USA, konkret durch den US-Branchendienst Bloomberg. Ja, die Welt lacht über das, was einmal stolzer deutscher Mittelstand war. Jetzt pfeifen es so langsam die Spatzen von den Dächern. Unternehmen gehen in die Knie. »Sie produzieren gerade nicht«, sagt Herr Habeck dazu. Die Produktion ist mehr und mehr rückläufig, die wahren Auswüchse werden wir erst noch erleben.

Aber mal selbstkritisch ehrlich, marode deutsche Infrastrukturen sehen wir nicht erst seit gestern. Die Demografie der deutschen Bevölkerung ist auch kein jetzt plötzlich auftretendes Geheimnis. Deutschland als Bürokratie-Spitzenreiter ist ebenfalls weltweit bestens bekannt. Und für das Niveau des einst so stolzen deutschen Bildungssystems hätte es auch keine Pisa-Studien gebraucht. Brauchen wir dazu Bloomberg?
Ganz sicher nicht, denn spätestens 2020 wurde die ganze Nummer so offensichtlich dargestellt, dass man, also der Deutsche, nur hätte lesen müssen. Und zwar die Zahlen, denn die Fakten haben eine klare Sprache gesprochen und das tun sie mittlerweile mehr denn je – im Gesundheitswesen ebenso wie in der Wirtschaft. Was also hält die 99 Prozent davon ab, dieser unsäglichen Politik Einhalt zu gebieten? Es wird Zeit, dass wir uns alle auf unsere wahren Werte besinnen. Werte, die aus diesem Land einstmals das gemacht haben, was es war. Stattdessen wollen laut *Tagesschau* viele in der Jogginghose lieber im *Homeoffice* bleiben, anstatt ins Büro zurückzukehren.

Die große Frage ist immer und immer wieder: Wie haben sie es als gewählte Minderheiten in die Regierungsverantwortungen geschafft, um dort auf Vorsatz basierend vergesslich, wirtschaftlich desaströs und der deutschen Sprache oft nicht mächtig ihr grün-linkes kriegstreiberisches Unwesen zu treiben? Umfragen zeigen: Die Mehrheit ist der Meinung, dass Olaf Scholz sein Unwesen treibt, anstatt dem eigenen Land zu dienen. Roderich Kiesewetter von der CDU möchte gar, den Krieg nach Russland tragen, um Putin seine Grenzen aufzuzeigen. Selbst hingehen wird er wohl nicht, dazu ist er wie alle anderen zu feige. Die Historie der Ukraine wurde gelöscht, nicht nur aus den Archiven unserer Medien.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

ANGRIFF AUF UNSERE BAUERN

NDR startet Hetzkampagne gegen Landwirte. Unbekannte fackeln im Erzgebirge einen landwirtschaftlichen Betrieb ab und drohen weitere Taten an | Von Klaus Müller

Die Bauernproteste halten bundesweit an. Ton und Gangart des Regimes verschärfen sich jedoch. Der regierungsnahe *NDR* ließ in seiner Sendung »Hallo Niedersachsen« am 7. Februar mit Janna Luisa Pieper eine sogenannte Agrarsoziologin von der Universität Göttingen zu Wort kommen, die den Verein »Landwirtschaft verbindet Deutschland« (LSV) und die Freien Bauern als rechtspopulistisch und rechtsextrem diffamierte. Namentlich erwähnte Pieper in ihren skandalösen Ausführungen LSV-Sprecher Anthony Lee (siehe Interviews in den DW-Ausgaben 124, 145 und 159). Er sei in der »Vergangenheit durch rechtsextreme bis hin zu rechtspopulistischen Aussagen aufgefallen«.

Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem – dies mussten Corona-Maßnahmenkritiker bereits im Frühjahr 2020 erfahren. Inzwischen sind wir im Jahr 2024 angekommen und jeder, wirklich jeder, der nicht auf Linie der Ampel ist, wird vom Regime und den staatsnahen links-grünen Medien als rechtsextrem gebrandmarkt. Anthony Lee hat dafür kein Verständnis. »Ich teile aus, dann muss ich auch einstekken können. Das ist vollkommen in Ordnung«, erklärte er in einem Facebook-Video. »Aber wie hier ausgeteilt wird, ist abenteuerlich. Ich bezweifle, dass die Dinge, die ich sage, rechtspopulistisch sind. Sie sind einfach die Wahrheit, es sind schlicht die Fakten.« Er sei nicht verantwortlich für den Schwachsinn, den die Politik produziere, er benenne diesen lediglich.

Lee wirft der Gegenseite vor, dass man nicht auf Inhalte eingehe, sondern nur »versuche, einzelne Personen zu diffamieren und mundtot zu machen«. Der LSV-Sprecher zeigt sich kämpferisch und verspricht fest entschlossen: »Wir werden nicht aufgeben.« Man habe es mit Ideologen zu tun, mit schwachsinnigen Menschen, die meinen, ohne Fachwissen anderen Leuten in ihren Berufsalltag und in ihr Leben hineindiktieren zu können. »Nein! Nein! Nein! Es reicht jetzt. Ich ermahne diese Menschen: Wir werden uns das nicht gefallen lassen.« Unterstützung erhält Lee, der früher jahrelang CDU-Stadtrat war und 2023 zu den Freien Wählern wechselte, von unerwarteter Seite. Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) erklärte einen Tag nach den skandalösen Aussagen Piepers im *NDR*, es gebe keine Erkenntnisse, dass der LSV oder die Freien Bauern extremistisch unterwandert seien.

In einer Pressemitteilung vom 9. Februar gab der LSV Deutschland bekannt, dass er und seine Landesverbände gegen den *NDR*-Beitrag rechtliche Schritte eingeleitet haben. Die Anschuldigungen gegenüber dem LSV und ihrem Bundessprecher Anthony Robert Lee seien »ohne jegliche Beweisgrundlage erhoben« worden, »unwahr und diffamierend«. Der LSV ist »fest entschlossen«, seine sowie die Reputation »der gesamten landwirtschaftlichen Branche zu verteidigen« und man werde alle »zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel nutzen, um gegen diese Verleumdungen und rufschädigenden Äußerungen vorzugehen«.



Kreativer Protest in Biberach am 14. Februar 2024.
Foto: Telegram/Demobilder

Der mit Anthony Lee befreundete Landwirt Christian Lohmeyer stellte in einem Facebook-Video fest: Was sich der *NDR*, Frau Pieper und die Fakultät für Agrarwissenschaften der Universität Göttingen erlaubt hätten, spotte jeder Beschreibung. Er fordert vom *NDR* und vom Dekanat der Fakultät der Uni Göttingen eine Erklärung. »Wir Landwirte haben das Recht, in einer Demokratie zu demonstrieren«, so Lohmeyer. Er sei das ewige Rechts-*Framing* leid. Man lasse sich nicht in diese Schublade stecken. Auch die linksextreme *taz* greift Anthony Lee an, bezeichnet ihn als »Demagogen der Bauernproteste«, wirft ihm »falsche und rechtspopulistische Behauptungen« vor. Lee kontert mit einer Stellungnahme auf Facebook und weist die Vorwürfe weitestgehend zurück.

Möglicherweise eine Folge der von Politik und Medien angeheizten Stimmung: In der Nacht zum vergangenen Sonntag haben Unbekannte einen Brandanschlag auf einen landwirtschaftlichen Betrieb in Oelsnitz im Erzgebirge verübt. Ein LKW inklusive Gülle-Anhänger, ein Traktor, eine weitere Landmaschine sowie ein PKW seien zerstört worden. Der betroffene Landwirt Carsten Schulze schätzt den entstandenen Sachschaden auf rund 500.000 Euro. An einer Fassade fand die Polizei einen mit Sprühfarbe aufgebrachten Schriftzug: »Schluss mit Blockade«. Darunter folgte eine unmissverständliche Drohung: »Sonst brennt alles«. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung, Sachbeschädigung und Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten.

Die politische Gängelung und mediale Hetze lassen sich die Landwirte offenbar nicht weiter gefallen. Am Mittwoch haben im schwäbischen Biberach mehrere Hundert Menschen, darunter auch Bauern, gegen die Ampel und insbesondere gegen die Grünen demonstriert. Zufahrtsstraßen zur Stadthalle wurden mit Sandsäken und Traktoren blockiert. Vor der Treppe zur Halle hatten Landwirte einen großen Misthaufen abgeladen und darauf Grünen-Wahlplakate platziert, die mit Aufschriften wie »leere Versprechen« kommentiert wurden. »Lügenpresse«-Rufe waren zu vernehmen. Die Situation eskalierte. Die Scheibe eines Fahrzeugs, das Landwirtschaftsminister Cem Özdemir begleitete, wurde eingeschlagen. Regimekräfte setzten Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Ein Tatverdächtiger wurde laut Behördenangaben festgenommen. Die Grünen mussten ihren Politischen Aschermittwoch in Biberach – neben Özdemir waren dort auch Winfried Kretschmann und Ricarda Lang angekündigt – letztlich aus Sicherheitsgründen absagen.

MELDUNG

KONJUNKTURPROGNOSE »DRAMATISCH SCHLECHT«

Berlin/DW. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) geht nur noch von einem Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent in 2024 aus, was »dramatisch schlecht« sei. Habeck warnt: »So können wir nicht weitermachen.« Als Grund führte er die Folgen des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts an. Er fordere mehr Investitionen, um »das Wirtschaftswachstum zum Laufen« zu bringen. Finanzminister Christian Lindner (FDP) bezeichnete das geringe Wachstum als »peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich«. (kmü)

IMMER MEHR UNTERNEHMEN VERLASSEN DEUTSCHLAND

Berlin/DW. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird abgewrackt, ist nicht länger wettbewerbsfähig. Immer mehr Unternehmen kehren dem Land den Rücken. Miele will einen Teil seiner Produktion nach Polen auslagern, wodurch im Werk in Gütersloh 700 Stellen schrittweise entfallen werden. »Ich bin seit 1999 im Unternehmen, und wir haben seitdem mehrere sehr herausfordernde Phasen erlebt. Aber nicht mal die Finanzkrise von 2008/09 hat sich bei uns so gravierend bemerkbar gemacht«, findet Konzernchef Markus Miele in einem *Zeit*-Interview klare Worte zur Lage.

Der Reinigungsgerätehersteller Kärcher plant im Geschäftsbereich Kärcher Municipal, Arbeitsplätze von Reutlingen nach Lettland zu verlegen. Continental will sein Werk in Babenhausen spätestens 2028 schließen, ein neues Werk gibt es bereits in Rumänien. Bei ZF Friedrichshafen, Deutschlands zweitgrößtem Automobilzulieferer, sind 12.000 Jobs in Gefahr. Das Unternehmen kündigte schon 2018 an, in Serbien ein neues Werk zu eröffnen, investiert nun zudem kräftig in neue Werke in den USA und Indien. Und wie die *FAZ* vermeldet, will Autobauer Porsche seine neue Batteriefabrik nicht in der Heimat bauen, sondern aufgrund höherer Subventionen wahrscheinlich in den USA. (kmü)

VERSORGUNGSLÜCKE: ATOMSTROM-IMPORT AUS NACHBARLÄNDERN

Berlin/DW. Wie das Portal *Apollo-News* berichtet, musste Deutschland am 8. Februar über 24 Stunden ohne Pause Strom aus Nachbarländern importieren, um eine Versorgungslücke schließen zu können. Dies sei mittlerweile Dauerzustand, womit die deutsche Energiewende zu einem lukrativen Geschäft für die Nachbarländer wird. Weil Wind- und Solarenergie zu wenig Strom produzierten, wurden über zehn Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms in Nachbarländern erzeugt, wovon der größte Teil mit bis zu sechs Prozent aus französischen Atomkraftwerken stammte. Tschechien plant derweil den Bau von vier neuen Atomreaktoren. (kmü)

RECHTSEXTREME FRIEDENSFREUNDE

Über das Putin-Interview von Tucker Carlson | Von Hendrik Sodenkamp

Mit seinem Interview mit dem russischen Präsidenten landete der US-amerikanische Journalist Tucker Carlson einen journalistischen Coup, der sogar den Bundeskanzler Olaf Scholz zur Flucht nach Washington trieb.



Der US-amerikanische Journalist Tucker Carlson bei der Arbeit. Diese führte ihn nach Moskau. Foto: Bildschirmfoto

Mit allen Mitteln der Kunst hatte er die Spannung aufgebaut. Seit Tagen rumorte es im Blätterwald. Was würde Tucker Carlson in Russland tun? Würde er *es* tun? Dann die vielbeachtete Ankündigung: Ja, er werde *es* tun und ein Interview mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin führen. Medienpartner Elon Musk werde es unzensiert in voller Länge auf X zeigen. Die anderen Medien und Internetkonzerne würden dann sowieso zensieren – was diese dann aber aufgrund der riesigen Aufmerksamkeit nicht mehr tun konnten.

Beim Gespräch selbst, das in der Nacht vom 9. auf den 10. Februar veröffentlicht wurde, kam für *DW*-Leser eigentlich nichts Neues. Der Ukrainekrieg habe nicht 2022 sondern im Jahr 2014 mit dem CIA-Maidanputsch begonnen, so Wladimir Putin aus seinem barocken Kremlsessel; *Nordstream* sei von den Amerikanern gesprengt worden; die Nato habe 1990 das Versprechen gegeben, sich nicht nach Osten auszudehnen; Russland und die Ukraine hätten 2022 kurz vor einem Abkommen gestanden, was dann jedoch durch Intervention des britischen Premierministers Boris Johnson abgesagt wurde; Deutschland werde von »höchst inkompetenten« Menschen regiert.

Interessanter als die Aussagen waren die Reaktionen des westlichen Apparats. Man müsse Tucker Carlson sanktionieren und ihm für *Freedom and Democracy* die Einreise in die EU verbieten. Die Glaubwürdigkeit des in den USA beliebten Journalisten wurde selbstverständlich in Frage gestellt. Wahlweise wurde er zum Trump- oder Putin-Freund gemacht und überhaupt sei er ein widerlicher rechter Populist.

WOW! – ANFÜHRER DER FREIEN WELT IST OLAF SCHOLZ

Es hat schon etwas Seltsames an sich, dass die stärkste Antikriegsbewegung in den USA ausgerechnet aus den Reihen der Republikanischen Partei kommt. Der Partei von George W. Bush, die uns mit einer Reihe von »Antiterror«-Kriegen beglückte, die den gesamten Nahen Osten destabilisierte und in Flammen aufgehen ließ. Nun wackelt die Kriegsunterstützung für die Ukraine wegen dieser Partei. Mit den vielen Milliarden Waffengeld müsse man sich um die eigenen Probleme kümmern. In diesem Moment, in dem es Spitz auf Knopf steht, ob die USA noch weitere Milliarden in den Krieg in der Ukraine pumpen will, kommt nun das Anti-Kriegsinterview des »rechten« Journalisten, dem unterstellt wird, dass sich sein Publikum aus rechtsradikalen, weißen Waffennarren in Wohnwagensiedlungen zusammensetzt, die sich mit den Schlagworten »Zuhören«, »Verhandlungen« und »Frieden« verführen lassen. Es sieht so aus, als ob diese rechtsextremen Friedensfreunde in den USA bald siegen werden und Deutschland dann für die Nato der wichtigste Staat werden wird. Wladimir Putin kam in dem Interview immer wieder auf Deutschland zu sprechen. Er zitierte den deutschen Sozialdemokraten Egon Bahr und betonte, wie unsouverän die deutsche Bundesregierung agiere. Sie handle nicht nach deutschen sondern nach Nato-Interessen. Eine solche Aufmerksamkeit bekamen Frankreich oder Großbritannien nicht.

Entsprechend aufgebracht war Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Tucker Carlson hätte Putin eine Plattform für seine »völlig absurden Geschichten« geboten. Weil der Krieg in der Welt in Gefahr sei, reiste er flux nach Washington, um dort für eine Fortsetzung des Kampfes zu werben.

Nachdem die sogenannte Offensive der Ukraine krachend gescheitert war und sich die russischen Soldaten auf dem Vormarsch befinden, gibt es zur Zeit eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder verstärkt die Nato noch ihr »Engagement« und schmeißt sich voll in den Kampf oder es kommt nun bald zu Verhandlungen. Da es zur Zeit eher nach Zweiterem aussieht, bleibt abzuwarten, welchen Trick das westliche Kriegsregime als nächstes aus dem Hut zaubert, um seinen Willen durchzusetzen.



Am 14. Februar 2024 setzt das Regime Tränengas und Schlagstöcke gegen die Bauern ein.

Laut lokaler Quellen und Handy-Videos kommt es in der Stadt Biberach ab 12 Uhr zu Kampfhandlungen zwischen dem Regime und den Menschen. Die Bauernmacht hatte eine Aschermittwochsveranstaltung der Bündnisgrünen mit ihrer in der Stadt deutlich wahrnehmbaren Anwesenheit bereichert.

Das Regime beginnt loszuprügeln, setzte Schlagstöcke und Tränengas gegen die Bauern ein, darunter sehr viele Bio-Bauern, allesamt Klein- und Mittelbauern. Die Stadthalle wird geräumt. Der Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und weitere flüchteten aus der Stadt und sagen ihre Veranstaltung ab. Eine Scheibe an der Staatskarosse Özdemirs geht zu Bruch.

Der 14. Februar 2024 ist schon jetzt ein weiterer Tag für die Geschichtsbücher. – Wird das Lügner, Verarmer-, Spritzenmörder- und Nato-Kriegstreiberregime den Weg der Eskalation und des Bürgerkrieges wählen? Fest steht wohl seit heute: Das Volk wird nicht mehr weichen und sich nicht mehr von instrumentalisierter »Polizei« kujonieren lassen. (ale/jro)

MELDUNG

KRIEGSTÜCHTIGE IN NIEDERSACHSEN

Unterlüß/DW. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eröffnete am 13. Februar 2024 die Baustelle für eine neue Munitionsfabrik im niedersächsischen Unterlüß. Die neue Rheinmetallfabrik werde in Zukunft mächtig viele Geschosse herstellen, frohlockte er bei der Eröffnung, die von massiven Protesten der Bauernmacht begleitet wurde. Im nächsten Jahr sollen in Unterlüß 50.000 Artilleriegranaten produziert werden, 2026 dann 100.000, und später, wenn der direkte Krieg mit Russland ansteht, 200.000 pro Jahr. Ein wichtiges internationales Signal für die Kriegstüchtigkeit Deutschlands, so Scholz im Beisein des Kriegsministers Pistorius. »Bis zu 500 neue Arbeitsplätze« sichere Rheinmetall so in der Region, so der *NDR*. (hes)

EIN ECHT KERNIGER TYP

Jerusalem/DW. CDU-Chef Friedrich Merz bereiste in der vergangenen Woche Israel und den Kriegsschauplatz in der Region, um sich vor dem Hintergrund der Zerstörung als wichtiger Mann ablichten zu lassen. Der Oppositionsmann Merz traf sich in diesem Zusammenhang auch mit der israelischen Regierung, die seit jeher mit der US-nahen CDU/CSU ein gutes Verhältnis hat. Man setze auf den Blackrock-Mann, heißt es aus Nato-Medien. (hes)

BRINGT IHN NACH HAUSE!

Sydney/DW. Das australische Parlament stimmte am 14. Februar 2024 mehrheitlich dafür, dass das Land darauf dringen soll, den australische Staatsbürger Julian Assange wieder nach Hause auf die Südhalbkugel zurück zu bringen. Der Journalist Assange sitzt seit Jahren in Großbritannien in Haft, weil er Kriegsverbrechen der USA öffentlich gemacht hatte. Am 20. und 21. Februar 2024 findet nun in London die entscheidende Gerichtsverhandlung darüber statt, ob er in die USA abgeschoben werden soll. In Berlin sind für diese Tage Demonstrationen vor dem Bundestag angekündigt. (hes)

NICHTS GEHT MEHR

Kiew/DW. Der Ukraine geht die Munition aus, außerdem seien bereits so viele Menschen gestorben, dass es auch an Soldaten fehle. »Wir erhalten immer öfter Berichte über ukrainische Soldaten, denen an der Front die Munition ausgeht«, sagte der US-nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan am 14. Februar 2024. Am 15. Februar 2024 soll es deshalb bei einem Natotreffen in Brüssel darum gehen, wie die ukrainische Führung mit Waffen versorgt werden kann, auch wenn der US-Senat gegen neue Waffenlieferungen stimmt. (hes)

STICHWORT DW-AKADEMIE

Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin.
Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«

Revolution – wie geht das?



8. Februar 2024: Die Bauernmacht drängt im spanischen Logroño gegen eine Poliz

Aus der europäischen und deutschen Historie berichtet Anselm Lenz

Der Feudalismus steht dem erwachenden Bürgertum allerorten sprichwörtlich auf den Füßen herum. Völlig verkalkter und teils brutaler Feudaladel, dumpfbackige Nachwuchsfürsten und der Klerus herrschen »nach Gutsherrenart«, also oftmals unberechenbar, voraufgeklärt, zensierend, ausbeutend, ungerecht, mörderisch, lügend, selbstherrlich. Die Franzosen haben 1789 einfach die Schnauze randvoll von »denen da oben« – völlig zurecht, wie heute jeder weiß.

Die Französische Revolution gilt als erstes Beispiel des sich »von unten nach oben« befreienden Volkes, auch wenn die weiteren Folgen und Vorgehensweisen von Revolutionen und Revolutionsversuchen umstritten sind. Wir sehen uns diesmal auch das deutsche »1848« an, sowie Kuba, Griechenland, Katalonien, Tschengtschau und unser »1989« bis zur Gegenwart an. Seit 28. März 2020 ist die neue dezentrale Friedens- und Demokratiebewegung erwacht. Ist es Zeit, dass wir uns durchsetzen?

Ich habe in meinen Texten 2020-2024 in dieser Zeitung sowie im Journalistenportal apolut.net eingehend zeigen können, dass die uns, den Völkern, gegenwärtig gegenüberstehende Struktur neofeudalistische bis neofaschistische Züge trägt und auf zutiefst antidemokratischen Vorgängen wie Geheimverträgen, Unterwanderung, Überwachung, Unterdrückung, Propaganda, Kult-Erzeugung, Krieg und wahnhaften Agenden einer politmedialen Kaste beruht. Dagegen – und gegen Verarmung, Lüge, Ausbeuterei, Konzernherrschaft und einen pervers-parasitären Staats- und Kriegsapparat – richten sich die Demokratiebewegungen der Gegenwart.

REVOLUTION – WIE GEHT DAS?
I. FRANKREICH 1789

Noch nie haben Herrscherkasten und tyrannische Strukturen freiwillig aufgegeben. Die »Grande Nation« versteht es seit jeher, ihre Französische Revolution zu feiern. Schon in der »Marseillaise«, der französischen Nationalhymne, klingt an, dass die Revolution nun wahrlich kein Spaziergang war, zumindest längst nicht allein dies.

Zittert, Tyrannen und ihr Niederträchtigen,
Schande aller Parteien,
Zittert! Eure verruchten Pläne
Werden euch endlich heimgezahlt!
Jeder ist Soldat, um euch zu bekämpfen,
Wenn sie fallen, unsere jungen Helden,
Zeugt die Erde neue,
Die bereit sind, gegen euch zu kämpfen.

Wie fast alle gesellschaftlichen Großereignisse hat sich die revolutionäre Situation im Lande jahrzehntelang aufgebaut. Es lassen sich wohl fünf wesentliche sozioökonomische Faktoren für Frankreich 1789 isolieren: 1. Die horrende Staatsverschuldung. 2. Der selbstherrliche Apparat von Adel, Klerus, Verwaltung und Militär. 3. Verteuerung des Lebens (»Inflation«). 4. Missernten, und Willkür einerseits, neue Produktionsverfahren andererseits. 5. Neue Medien, bessere Lesekenntnisse und die öffentliche Verbreitung des Pariser Staatshaushaltes seit 1781.

Die als zentrales Ereignis der Französischen Revolution bis heute gefeierte Selbstbewaffnung des Volkes findet am 14. Juli 1789 statt. Nach der Plünderung eines ersten Waffenlagers ziehen rund 2.000 Franzosen zur Bastille in Paris, die als Kerker politischer Gefangener und Lager für Schießpulver und Flinten frankreichweit verrufen ist. Der Kommandant Bernard-René Launay lässt die Widerständler bis in die Vorhöfe der Bastille vordringen – und dann aus dem Hinterhalt beschießen. 98 werden getötet, 73 verwundet.

Die verbliebenen Revolutionäre verlegen sich auf die Belagerung und bringen gemeinsam mit Lokalpolitikern und übergelaufenen Militärs vier Kanonen heran, schießen die Bastille sturmreif. Launay gibt auf. Die Revolutionäre strömen in die Bastille, befreien die politischen Gefangenen und verteilen die Waffen an das revolutionäre Volk. Die Revolution ist siegreich. »Bis zum 14. Juli war so gut wie nicht von den Bauern die Rede gewesen«, so der Historiker Georges Lefèbvre; doch ohne sie wären der 14. Juli und die Revolution ihm zufolge nicht gelungen.

REVOLUTION – WIE GEHT DAS?
II. DEUTSCHLAND 1848

Mit dem, sogenannten »Vormärz« hat sich die revolutionäre Stimmung in weiten Teilen des Deutschen Bundes seit dem Jahr 1830 aufgebaut. Ab März 1848 bricht sich die deutsche Demokratiebewegung ausgehend von den Revolutionären im Herzogtum Baden Bahn, schafft in opferbereiten, blutigen Kämpfen die Zensur ab und setzt die Bauernbefreiung durch.

Die Demokratiebewegung setzt in allen Gebilden Deutschlands (»Kleinstaaten«) liberale Übergangsregierungen ein (»Märzkabinette«), um alle Deutschen zu einem freiheitlich-demokratischen Deutschen Reich zusammenzubringen – also den feudalistischen Apparat zu stürzen und die im besten Sinne bürgerliche Republik durchzusetzen, ob nun mit oder ohne zierende Krone einer konstitutionellen Monarchie.

Die Deutsche Revolution beginnt nach einhelliger Meinung am 1. März 1848 mit der Besetzung des Ständehauses des Badischen Landtages in Karlsruhe. Am 4. März 1848 folgt der Aufstand von München, am 6. März Berlin, am 13. März Wien. Nach heftigen Barrikadenkämpfen zwischen den Polizeitruppen des Regimes und der Demokratiebewegung in Berlin wird Friedrich Wilhelm IV. am 19. März 1848 gezwungen, vor den später legendären »Märzgefallen« den Hut zu ziehen. Am 21. März muss er mit der Schwarz-Rot-Goldenen Schärpe der Republik durch Berlin reiten und den Reformweg verkünden.

Die Verfassungsgebende Versammlung tritt am 30. März in der Frankfurter Paulskirche zusammen, um das liberal verfasste, demokratische Deutsche Reich zu gründen. Bis 1849 aber gelingt es den Konzernoligarchen der Zeit, den Feudalherren, zusammen mit der alten Berufspolitik und Reformern durch Einsatz preußischer und österreichischer Truppen gegen das eigene Volk die Demokratiebewegung niederzuschlagen. Es folgt eine »Reaktionsära«, in der Hunderttausende Demokraten das Land für immer verlassen, vor allem in die Schweiz, nach Frankreich und Amerika.

REVOLUTION – WIE GEHT DAS?
III. KUBA 1959

Als ein vielgerühmtes Beispiel der Abschüttelung grauenhafter Regime gilt die Kubanische Revolution von 1959 und wird seither weltweit glorifiziert. Der von den US-Konzernoligarchen per »Regime Change« eingesetzte Tyrann Fulgencio Batista bricht im Jahr 1952 die demokratische Verfassung aus dem Jahr 1940, regiert in der Folge mit schäbigsten Ausnahmezuständen und Maßnahmen durch, um Grundrechte unmöglich zu machen und die Bodenreform aufzuhalten – im Sinne seiner US-Auftraggeber.

Eine erste große Revolte erhebt sich dagegen am 26. Juli 1953. Die Forderung: Die Wiedereinsetzung und Einhaltung der Verfassung. Eine neue Demokratiebewegung stürmt bewaffnet auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba sowie die Céspedes-Kaserne in Bayamo – »für die massenhafte Erbeutung von Waffen für einen Volksaufstand gegen die Regierung Batista«, wie die umstrittene Online-Enyklopädie in diesem Falle historisch korrekt wiedergibt. Doch der erste Revolutionsversuch der Kämpen um Fidel Castro scheitert.

Um Ernesto »Che« Guevara, Raúl Castro, Juan Almeida und Camilo Cienfuegos entsteht eine revolutionäre Armee, die ab 1958 in die Offensive geht und mit zwei Kolonnen auf die Hauptstadt Havanna zieht. Bei der entscheidenden Schlacht geht es auch wieder um ein Waffenlager, diesmal ein fahrendes. Am 29. Dezember 1958 gelingt es dem Trupp um Che Guevara, einen Zug des Batista-Regimes, voll beladen mit Munition und Waffen, zu kapern – und in der Folge das Volk zu bewaffnen.

Diktator Batista flieht am Morgen des 1. Januar 1959 in die US-dominierte Dominikanische Republik, Fidel Castro ruft am Abend die Republik aus. Die erfolgreiche und weltweit bejubelte sozial-liberale Revolution der Bewegung des 26. Juli für die Wiedereinsetzung der Verfassung gerät sofort unter Feuer der Reaktion aus den USA. Kuba deformiert sich in der Folge von Sanktionen, Embargen, Invasionsversuchen der USA und Attentaten auf die Anführer der Revolution.

REVOLUTION – WIE GEHT DAS?
IV. GRIECHENLAND 2015, KATALONIEN 2017, TSCHENGTSCHAU 2022

Heftig, aber weniger blutig und wohl auch deshalb etwas weniger aufsehenerregend-heldenhaft geht es in den revolutionären Situationen der jüngeren Vergangenheit zu. **Die griechische Regierung unter Führung der »Linken« und mit Beteiligung der »Rechten«** lässt im Jahr 2015 über die aus Brüssel – namentlich von Wolfgang Schäuble, Christine Lagarde und Jeroen Dijsselbloem – oktroyierten Maßnahmen abstimmen.

Faktisch stimmen die Griechen per Volksentscheid über den Austritt aus der Euro-Währung und möglicherweise der EU und der Nato ab. Rund 60 Prozent der Griechen nehmen am Volksentscheid teil, rund 60 Prozent stimmen für den eigenständigen Kurs Griechenlands. Die Welt jubelt – gelingt es den Griechen, sich aus der düsteren US-EU-Umklammerung zu lösen und in einem eigenständig-souveränen sozial-liberalen Kurs an der Seite Russlands aufzublühen?

Doch das vermeintlich Unerklärliche geschieht. Premier Alexis Tsipras knickt ein, setzt den verbindlichen Volksentscheid nicht um. Die finstere »Alternativlosigkeit« des transatlantischen Eurodollar-Regimes hat damit Athen, die Wiege der Demokratie weggefegt. Der entschlossene Politiker und Finanzminister Yannis Varoufakis verlässt die Regierung und geht seither sprichwörtlich auf die Barrikaden.





…ei-Barrikade voran – und durchbricht den Sperrgürtel mit massiv-geeinter Schubkraft. Fotos: Esteban Cortéz (Video)

Katalonien versucht im Jahr 2017, sich vom spanischen Zentralstaat und möglicherweise auch Nato und EU loszuwerden. Die Separatisten der Nation um Barcelona haben ihre Abspaltung von Madrid lange vorbereitet – und werden von weiten Teilen des Volkes getragen. Carles Puigdemont hatte bei der Vereidigung zum Regionalpräsidenten den Schwur auf den König vermieden.

Seine Regierung lässt am 1. Oktober 2017 den Volksentscheid über die Unabhängigkeitserklärung Kataloniens abstimmen. Die Zentralregierung in Madrid lässt mit der verrufenen paramilitärischen Nationalgarde Guardia Civil Wahllokale und Wähler niederprügeln. Trotzdem werden noch 43 Prozent der Stimmen ausgezählt, 90 Prozent der Stimmen gehen an das unabhängige Katalonien. Das katalanische Parlament ruft in der Folge einseitig die Unabhängige Republik aus. Madrid schlägt auch das nieder.

Nicht als Revolution, so doch als revolutionäre Revolte mit weitreichendsten Folgen muss die **Revolte von Tschengtschau** beschrieben werden. In der chinesischen Millionenstadt Tschengtschau Schi (engl. Literation Zhengzhou) kommt es am 23. November 2022 zu einer großen Revolte der Apple-i-Phone-Arbeiter gegen das Corona-Regime.

Im Zuge der revolutionären Aufstände wird die bizarre Hygienepolizei physisch angegriffen und vertrieben, Zonen-Barrieren niedergerissen sowie Überwachungskameras, digitale Überwachungsanlagen und Stechuhren konsequent zerstört, zudem weitere neue technische und biopolitische Einrichtungen (»Gesundheit«) vernichtet – darunter die Buden für Injektionen und vermeintliche Testungen.

In den Wochen zuvor hatten in der Region Henan bereits Aufstände gegen das Corona-Regime stattgefunden, das in China neben der BRD und Australien als das rigideste der Welt galt. Die Meldung der Revolte von Tschengtschau, die sich über weite Teile Chinas verbreitet, wird in der Folge von westlichen Propagandamedien wie etwa der pervers-asozialen Nachrichtenillustrierten »Der Spiegel« oder der Krone britischer Kriegslügen, der BBC, als Aufstände für die Freiheit gefeiert – wo diese Konzernmedien zuvor Demonstrationen selben Inhalts und Ziels in der BRD und Großbritannien als Nazi-Kram verfemt hatten.

REVOLUTION – WIE GEHT DAS?
V. DEUTSCHLAND 1989, 2020, 2022, 2024?

Die Friedliche Revolution in der DDR im Jahr 1989 beginnt bereits 1979 mit der Entscheidung der chinesischen Staatsführung unter Deng Xiaoping, vom Konzept der immer mehr erstarrenden staatlichen Plan- und Kommandowirtschaft abzurücken und stattdessen kapitalistische Korporationen aufzubauen. 1985 folgt die Entscheidung Moskaus zu demokratischen Reformen. Die kommunistischen Parteien liegen am Boden. Ab 1988 finden in weiten Teilen der DDR Montagsspaziergänge statt, das Regime tritt 1989 auf Druck des Volkes friedlich ab. 1992 zerfällt die Sowjetunion, 1994 zieht Russland die letzten Truppen aus Deutschland ab.

Seriöse Verfassungserneuerungen bleiben aus, die BRD dehnt den Geltungsbereich des Grundgesetzes auf das DDR-Gebiet aus. Die Westbesatzungsmächte USA und in kleinerem Umfang England und Frankreich bleiben in ihren Besatzungszonen präsent. Der USA-Apparat baut sich in einem Umfang aus, der der BRD bis heute den Ruf als »US-Kolonie«, »Drehkreuz« angloamerikanischer Kriegführung und Kulturexpansionismus einhandelt.

Nach aufkommender Euphorie in den 1980er und 90er Jahren für das US-Modell und dessen Ablegerprojekt der »EU der Konzerne«, wendet sich das Blatt seit den amerikanischen Beutefeldzügen, »Regime Changes«, Farbenrevolutionen und Expansionskriegen ab 1999 – dem Bombardement der Stadt Belgrad, insbesondere aber allmählich zunehmend seit den völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen in der Folge von »9/11« 2001.

Mit der Ausrufung des verfassungswidrigen **Interregnum ab 15. März 2020 – den Iden des März** – entsteht die Demokratiebewegung mit *NichtOhneUns.de* und der weltweit ersten Demonstration am 28. März 2020 gegen die Corona-Lüge und die Schleifung der Grundrechte – von Beginn an mit dem Fünf-Punkte-Plan. Dieser lautet seit März 2020 wie folgt, etwas später ergänzt durch den Nürnberger Kodex (Verbot von Experimenten am menschlichen Körper unter Falschbehauptungen).

I. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland
II. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn.
III. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat.
IV. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. (Krieg, Währung, WHO usw.)
V. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta aus dem Volk selbst.

Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung wird – auch Dank ihrer Dezentralität – zur größten und bis heute langanhaltendsten demokratischen Erhebung aus dem Volk in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte seit Arminius im Jahre 9. Im Zuge der Sommerdemonstrationen mit Millionen Teilnehmern im Jahr 2020 – Querdenken – kommt es zum »deutschen Ballhausschwur«. Man werden nicht gehen. Bevor nicht eine Verfassungserneuerung aus dem Volk selbst beschlossen sein. Das BRD-Regime lässt aber am 30. August 2020 die Verfassungserneuerer um den großen Bürgerrechtler Michael Ballweg, den Anwalt Ralf Ludwig, den Autor Uli Gellermann und weitere barbarisch niederprügeln.

Am 1. August 2022 stimmt die Demokratiebewegung – beziehungsweise das anwesende Deutsche Volk – vor dem Bundestag auf dem Platz der Republik dem Fünf-Punkte-Plan durch Akklamation zu. Zur neuen **Bundschuhbewegung** als Flanke oder Teil der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung, dem größten Bauernaufstand seit 500 Jahren ab 8. Januar 2024, lesen Sie in der vorliegenden Ausgabe sowie der kommenden Ausgabe #DW164.



»Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen«, die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in einer Darstellung des Malers Jean-Jacques Le Barbier, etwa 1789 oder 1790 entstanden. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte wurde am 26. August 1789 von der französischen Nationalversammlung verabschiedet. Sie legte in 17 Artikeln die Menschen- und Bürgerrechte fest, die jedem Franzosen unveräußerlich als Mensch und als Bürger Frankreichs zuerkannt wurden. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte wurde im Jahr 2003 zum Weltdokumentenerbe erklärt und gilt als Meilenstein in der Geschichte der Grund- und Menschenrechte. Ob sie heute von Staatsapparaten und Konzernen eher gegen ihren eigentlichen Sinngehalt missbraucht werden (»Regenbogen- und Nato-Mafia«), ist auch Gegenstand der Konflikte mit teils bürgerkriegsähnlichen Vorgängen in Europa seit etwa 20 Jahren. Foto: Paris Musées/CC



Das Letzte – von Anselm Lenz

**SEHR GEEHRTE DAMEN,
NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN,
HALLO KINDER!**

Könnte es sein, dass das Theater um die AfD wie ein Ablenkungsmanöver funktioniert? Die nahezu gleichgeschaltete Regenbogen-Blase, die eines der schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte mitzuverantworten hat, den industriell organisierten Injektionsgenozid, braucht geradezu diesen »blauen Gegenpol« der Alternative für Deutschland.

Dort hinein, in die AfD, passen mittlerweile alle hinein, die mit der Politik der herrschenden Kaste nicht einverstanden sind, oder zumindest nicht mir nix dir nix von einer globalistischen Korporatismus-Kapitalismus-Kaste jeder Verfügung über das eigene Leben beraubt werden wollen. Am Ende aber wird diese und andere Parteien nicht sehr viel ändern können. Der Apparat wird Apparat bleiben und zu Teilen »Tiefer Staat« genannt werden müssen, also ein zutiefst pervers-parasitäres Konglomerat, das sich auf verdeckte und weitgehend unkontrollierte Steuermittel sowie militärische Strukturen einerseits, und andererseits auf die Milliarden und Strukturen eines Großteils des Digital-Finanziellen-Komplexes stützt.

»Wenn es keine Aufstände gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter bis es kein Zurück mehr gibt.« – EU-Polit-Panzer Jean-Claude Juncker in der Nachrichtenillustrierten Spiegel vom 27. Dezember 1999.

Der massive Bauernwiderstand bewog diese Struktur dazu, den Umsetzungsplan bis 2040 zu strecken, und den europäischen Klein- und Mittelbauern damit zehn weitere Jahre Sterbenszeit einzuräumen. Die größte Bauernrevolte seit 500 Jahren reicht also für ein paar Gnadenjahre bis zur Liquidation. Was müssen wir also auf die Beine stellen, wenn wir unsere Demokratie von unten neu begründen wollen? Was, wenn wir zumindest die grauenhaftesten Auswirkungen der Terroragenda abwenden wollen?

»Reduce the population«, »die Bevölkerung reduzieren« – US-Vizepräsidentin Kamala Harris über eines ihrer großen Ziele

Denken und handeln wir schnell genug? Können wir auf Widerstandskräfte innerhalb des Apparates hoffen, oder müssen wir alles selber machen? Ist es einem Apparat jemals gelungen, sich selbst abzuschaffen oder sich zurückzunehmen? Der Feind hat klargemacht, dass er zu fast allem bereit ist. Seine Zielvorstellungen beinhalten weniger menschliches Leben auf der Erde. Ein solch morbider Feind ist sehr schwer zu bekämpfen, denn er verachtet wahrscheinlich auch das Leben seiner eigenen Umsetzer und Vollstrecker. Er kann nur (a) überwältigt oder (b) handlungsunfähig gemacht werden.

Oder ist alles doch gar nicht so schlimm und demnächst kommen zum Schlussapplaus vor den roten Vorhang der Russe zu Pferde, der US-Onkel mit den Jetons aus dem heruntergekommenen Casino, die schlaue Bäckerei-Fachverkäuferin aus der Uckermark, der Coffee-Shop-Kanadier und der Aushilfs-Napoléon – und machen die Trompete an der Nase und winken mit dem Pali-Tuch? Peace?

Bis dahin darf ich um Unterstützung für diese Zeitung bitten!

*Mit demokratischen Grüßen,
Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen
Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020*

DAS REGIME »CANCELT« SICH AB

In diesem Land sind weiterhin nur brave und gehorsame Künstler erwünscht | Von Klaus Müller

Wer im »besten Deutschland aller Zeiten« nicht auf Linie ist, bekommt mächtig Gegenwind. Daran hat sich auch 2024 nichts geändert. Die *Cancel Culture* hat sich längst etabliert.

Das muss einmal mehr die *Band* Weimar erfahren (DW berichtete über die Maskenrocker letztmals in Ausgabe 146): Am 4. Mai wollen die Musiker im Kölner Sartory-Saal auftreten. Der Vorverkauf läuft bereits auf Hochtouren. Doch in der Domstadt macht sich massiver Widerstand breit: Weil zwei der vier Bandmitglieder vor vielen Jahren der Neonaziszene angehörten, soll das Konzert verhindert werden. Aus demselben Grund mussten Weimar bereits 2023 nach einem Hetzartikel des Relotious-Blättchen *Spiegel* ihre komplette *Tour* absagen. Von diesem Tiefschlag erholte sich die *Band* schnell, brachte ein halbes Jahr später ihr Debütalbum »Auf Biegen und Brechen« ein zweites Mal heraus, schnellte damit sensationell auf Platz zwei der Charts und verbesserte sich somit sogar noch um drei Ränge im Vergleich zur Erstveröffentlichung. Das zeigt: Die *Fanbase* steht stabil hinter den Rockern.

Aber Linksextremisten laufen Amok. »Für mich persönlich ist klar, dass es in Köln keinen Platz für ein solches Konzert geben darf«, wird Brigitta von Bülow, kulturpolitische Sprecherin der Kölner Grünen, im *Kölner Stadt-Anzeiger* zitiert. »Die Freiheit der Kunst endet da, wo Menschenrechte und Menschenwürde missachtet werden, wo die Werte unserer Demokratie infrage stehen.« Dass derartige Worte seit mindestens vier Jahren vor allem von Menschen kommen, die ein äußerst seltsames Verständnis von Demokratie und Menschenrechten haben, ist bekannt. Aber schon die hohen Teilnehmerzahlen bei den von der Regierung inszenierten »Demos gegen rechts« belegen, dass dies noch nicht bei allen Bürgern angekommen ist. Ob der Gig in Köln tatsächlich stattfinden wird, ist derzeit fraglich. Der Geschäftsführer der *Location* befindet sich mit Weimars Konzertagentur »noch in einer Klärung«. Der Termin wurde zunächst einmal aus der *Online*-Veranstaltungsliste der Sartory-Säle entfernt.

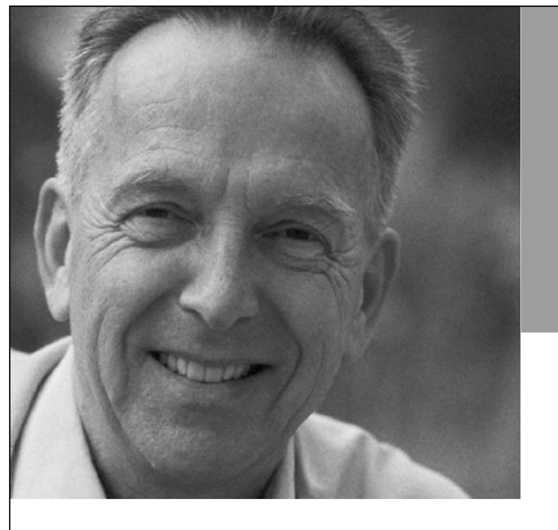


Schlagersänger Michael Wendler: Seitdem er sich für das Grundgesetz aussprach, verfolgen ihn Hass und Häme. Foto: Commons

Definitiv *gecancelt* wurde ein von Michael Wendler für den 6. September 2025 anvisiertes Konzert auf dem Freigelände am Stadion Niederrhein in Oberhausen. Der für das Areal verantwortliche Stadtsportbund (SSB) stellte auf seiner Instagramseite klar, dass er sich »auf jegliche Art und Weise von den Äußerungen eines Michael Wendlers« distanziere. Es habe zwar eine Anfrage einer Musikagentur für eine Schlagerveranstaltung im September 2025 gegeben, dabei soll jedoch nicht der Name des Künstlers erwähnt worden sein. Vorsorglich wurde mitgeteilt, dass das Konzert nicht am vorgesehenen Veranstaltungsort stattfinden wird. Davon lässt sich Michael Wendler nicht einschüchtern, auf Facebook schreibt er: »Mein Konzert findet statt, [...] dann eben woanders.«

Widerstand regt sich auch einmal mehr gegen einen geplanten Auftritt von Dr. Daniele Ganser. Der Historiker und Friedensforscher möchte am 3. März in Taufkirchen auftreten. »Wie kann es sein, dass so jemand einen ganzen Tag im Kultur- und Kongresszentrum ist?«, hatte Gabriele Zaglauer-Swoboda (Bündnisgrüne) laut *Süddeutsche Zeitung* im Gemeinderat nachgefragt. Der Auftritt Gansers lässt sich offenbar nicht mehr verhindern, aber Proteste vor Ort sind wahrscheinlich. Auch Uwe Steimle ist längst nicht mehr überall gern gesehen: Am 5. April gastiert er in Neuenhagen bei Berlin im Bürgerhaus. Doch der geplante Auftritt des Kabarettisten sorgt für Unmut. Linke Aktivisten fordern in einer Protestmail an die Gemeinde: Keine Bühne für Steimle! Ähnlich ergeht es Politikwissenschaftler und Ex-*NDR*-Journalist Patrik Baab (aktuelles Buch: »Auf beiden Seiten der Front«). Eine für November 2023 geplante Lesung in Geilenkirchen musste abgesagt werden, ehe sie schließlich in einer anderen *Location* im Januar nachgeholt wurde.

Die anhaltende *Cancel Culture* betrifft aber nicht »nur« Künstler, auch Publikationen sind betroffen. Schon seit Mitte 2020 versucht diese Zeitung, der *Demokratische Widerstand*, den Sprung an die Kioske zu schaffen – bislang vergeblich. Das *Compact*-Magazin von Chefredakteur Jürgen Elsässer befand sich dort schon länger, wurde aber 2023 von der Supermarktkette Edeka aus dem Sortiment genommen und nun zudem von hunderten Bahnhofsbuchhändlern ausgelistet. Die linken *Mainstream*-Medien jubeln über diesen Verstoß gegen die sogenannte Neutralitäts- und Vertriebspflicht. Demokraten dagegen fragen sich: Was kommt als Nächstes – etwa die Bücherverbrennung 2.0?



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Laut Medien und Politikern geht es den Briten seit Januar 2021 (Brexit) schlechter als uns. Die Daten zeigen das Gegenteil.
Ein Dexit brächte uns mehr Wohlstand, Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit. Die EU ist zu groß und korrupt.
Wieder einmal zeigt sich, dass eine Unwahrheit erfolgreich ist, wenn sie nur oft genug wiederholt wird ...«

Professor Stefan Homburg am 9. Februar 2024 auf X.

Hin Da! KULTURKALENDER

17.02.2024 • Berlin; Theater unterm Turm, Düsseldorfer Str. 2, 10719 Berlin • KABARETT • »Schluss. Aus. Sense.« der Jahresrückblick mit Ludger K. • 20:00 Uhr • Tickets: 26,80 € unter theateruntermturm.com

17.02.2024 • Jesteburg; Heimatmuseum, Niedersachsenplatz 5, 21266 Jesteburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

17.-18.02.2024 • Neuss; Dorint Kongresshotel, Selikumer Str. 25, 41460 Neuss • SEMINAR/ VORTRAG • »Ich will leben, lieben und geliebt werden« 2-tägiges Aufstellungsseminar und Vortrag mit Prof.Dr. Franz Ruppert • Samstag 9:30 Uhr bis Sonntag 18:30 Uhr • Tickets: 330 € und weitere Informationen unter krasser.guru

18.02.2024 • Berlin; Theater unterm Turm, Düsseldorfer Str. 2, 10719 Berlin • KABARETT • »Schluss. Aus. Sense.« der Jahresrückblick mit Ludger K. • 17:00 Uhr • Tickets: 26,80 € unter theateruntermturm.com

19.02.2024 • Merseburg; Kunsttanke, Domstr. 5, 06217 Merseburg • MONTAGSKAFFEE • »Hörerlebnis« Kontrafunk gemeinsam hören, dazu Kuchen vom Blech • 19:00 Uhr • Eintritt frei

20.02.2024 • Fellbach; Goldbergwerk, Schaflandstr. 6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser predigen und Wein saufen - Die große Doppelmoral« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

21.02.2024 • Fellbach; Goldbergwerk, Schaflandstr. 6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Solidarität oder Selbstbedienung - Steuern sind...was denn überhaupt?« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

22.02.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr. 90 – 92,14195 Berlin • VORTRAG • Ulrike Guérot • 19:00 Uhr • weitere Infos folgen

22.02.2024 • Fellbach; Goldbergwerk, Schaflandstr. 6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser – die Quelle des Lebens« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

22.02.2024 • Greding; Hippodrom, Industriestr. 21, 91171 Greding • VORTRAG • »WHO & Great Reset – Aufwachen jetzt oder nie« mit Stefan Magnet, Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Beate Pfeil und Prof. Dr. Werner Bergholz • 19:15 Uhr, Einlass ab 17:00 Uhr • Tickets: 29,90 € unter auf1.shop

23.02.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Wohin führt die neue Seidenstrasse« von und mit Tobias Baumann (Neue Gesellschaft für Psychologie) • 19:00 Uhr • Eintritt frei

24.02.2024 • Zossen; Restaurant Alter Krug, Hauptstr. 15, 15806 Zossen – OT Kallinchen • VORTRAG • »Das Erlebnis Gesundheit« mit Dr.Stefan Hügel, Mareen Albrecht u.v.m. • 14:00 Uhr – 20:00 Uhr • Anmeldung unter info@alter-krug-kallinchen.de

25.02.2024 • Deutwang-Hohenfels; Café Fuchs und Hase, Scherneggerstr. 16, 78355 Deutwang-Hohenfels • LESUNG • »Die unerlaubte Krankheit – Wenn Funk das Leben beeinträchtigt« mit Renate Haidlauf • 15:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erwünscht, Anmeldung unter g.u.s.honig@t-online.de

25.02.2024 • Heidelberg; Gesellschaftshaus Pfaffengrund, 69123 Heidelberg • VORTRAG • »Aufbruch zur Vernunft« mit Dr. Kay Klapproth, Beate Bahner, Dr. med. Gunter Frank u.a. • 16:00 Uhr, Einlass ab 15:00 Uhr • Eintritt frei, weitere Infos unter ida-hd.de

25.02.2024 • Rostock; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 17:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

26.02.2024 • Leipzig; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Hamburg; Musiksaal, Bese
nbinderhof 57a, 20097 Hamburg • GESPRÄCH • »Aufstand gegen Idiotie und Idiologie« Peter Hahne im Gespräch mit Jens Lehrich • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets. 25 € unter krasser.guru

27.02.2024 • Weimar; Schiesshaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99425 Weimar • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

28.02.2024 • Berlin; ACUD Kino, Veteranenstr. 21, 10119 Berlin • FILM/ GESPRÄCH»ithaka – a father. a family. a fight for justice« OmU • 18:00 Uhr • Tickets: 8€ unter acudkino.de

28.02.2024 • Dresden; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

01.03.2024 • Berlin; Marx Engels Zentrum, Spielhagenstr. 13, 10585 Berlin • VORTRAG / DISKUSSION • »Die Palästinenser sind nicht allein« mit Karin Leukefeld • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Eintritt: 3 €

02.03.2024 • Neustadt; Adresse wird bekannt gegeben • SYMPOSIUM • »Artikel 146 GG – ein Ausweg aus der Krise« mit Prof. Dr. Ulrike Guérot, Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer und Ralph Boes, moderiert von Traumatherapeutin Birgit Assel • 15:30 Uhr – 21:30 Uhr • Tickets: ab 35 € unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3 82024 Taufkirchen • WORKSHOP • »Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10:00 Uhr – 17:00 Uhr • Tickets: 180 € unter krasser.guru

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßländle 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 29,90 € unter krasser.guru

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekanngegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19:30 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

07.03.2024 • Hartmannsdorf; Gasstätte Elli Krößner, Untere Hauptstr. 45, 09232 Hartmannsdorf • DELIKAT ESSEN • »Begegnungen und Impressionen aus Moskau und Wolgograd« russischer Abend mit 3 Gänge Menü • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 Uhr • Tickets: 33,70 € mit Vorbestellung unter 0172/5687371

07.03.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • Soul, Blues und Pop von Mea Liebe & Band • 19:30 Uhr • Eintritt frei, um Spenden wird gebeten

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens – Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Rairda, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • 16:00 Uhr • Tickets unter parktheater.eventim-inhouse.de/webshop/webticket/seatmap?eventid=8527&el=true • mehr infos unter freiheitsliebe.org

10.03.2024 • Jüterborg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14913 Jüterborg • WORKSHOP • »Die Macht der Propaganda« mit Kayvan Soufi-Siavash • 11:00 Uhr – 18:00 Uhr • Tickets: 180 € unter krasser.guru

11.03.2024 • westlich von Berlin; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14778... • VORTRAG • »Die Macht der Prapaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 • Tickets: 27 € unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

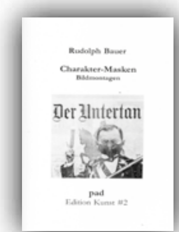
DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



MEIN WEG NACH RUSSLAND – Erinnerungen eines Reporters

Ulrich Heyden
Promedia Verlag
ISBN-13: 978-3853715284



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



EIN HOCH AUF DAS GEDRUCKTE

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Der 17. Februar 2024 ist ein Tag für die Geschichtsbücher. Der *Digital Services Act* der EU (DSA) entfaltet ab heute seine volle Wucht. Vorboten sind schon eine Weile zu spüren. Im Netz naht die nächste Zensurwelle.

Glauben Sie an Zufälle? Glauben Sie, dass Sie gestern »einfach so« an jemanden gedacht haben, der längst verschollen schien und heute plötzlich wieder vor Ihnen stand? Wie kommt es, dass man tage- oder wochenlang mit einer Sache hadert und die Lösung dann durch die Tür marschiert, als hätte es gar keine andere Möglichkeit gegeben?

Vermutlich sind es solche Energien, die ausgerechnet diesen Sonnabend zu einem Zeitungstag machen. Die Zensurverordnung hätte auch an einem Mittwoch in Kraft treten können oder an einem Montag. So kann ich in dieser Kolumne dafür werben, nicht voll auf die *Cloud* zu setzen.

Die EU will ein »sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges *Online*-Umfeld«. So steht es gleich in Artikel 1. Sie wird dafür alles verschwinden lassen, was ihr gegen den Strich geht und viele Leute erreicht.

Der DSA markiert das Ende eines Lernprozesses. Der Gesetzgeber hat ab Mitte der 2010er-Jahre dafür gesorgt, dass die Digitalkonzerne zu Löschmaschinen mutieren. Das NetzDG plus Selbstverpflichtungen. Und trotzdem gab es ab Frühjahr 2020 all diese Videos und *Streams*, wo man Demos schauen und tollen Leuten lauschen konnte.

Der DSA sagt: Noch einmal wird sich der Staat nicht so leicht herausfordern lassen. Artikel 36 beschreibt einen »Krisenreaktionsmechanismus«, der Brüssel drei Monate lang erlaubt, Anbieter einzuschränken oder ganz vom Netz zu nehmen, wenn die Kommission »öffentliche Sicherheit« oder »öffentliche Gesundheit« bedroht sieht. In normalen Zeiten liegt der Schwarze Peter bei Betreibern wie YouTube oder X, die nach allem fahnden müssen, was in die Irre führen oder täuschen könnte. Desinformation! Hilfe! Andernfalls geht es ans Geld und damit ans Eingemachte. Das heißt: Man muss gar nicht mehr gegen Recht und Gesetz verstoßen, um aus dem Netz zu fliegen. Das Bundeskriminalamt plant dafür 450 neue Stellen. Ich bin sicher: Der DSA wird alles Gedruckte *pushen*. Die Wahrheit hat sich von Zensur noch nie stoppen lassen.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



ARBEITER (M/W/D) GESUCHT!

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

Sie ließ sich damals weder einschüchtern noch mundtot machen. Trotz der Drohungen der »Obersten« zog sie sich nicht aus dem öffentlichen Raum zurück. Die Rede ist von der Urgemeinde. Als es brenzlig wurde (Apostelgeschichte 4), kam sie zum Gebet zusammen, wohl wissend, dass alles böse Tun ihrer Widersacher letztlich dem Ratschluss Gottes entsprach. Sie hatte das Unabänderliche in den Worten ihres Herrn – »darum hasst euch die Welt« – verstanden (Johannes 15,19). Daher betete sie nicht um ein Ende der Bedrängnis, sondern um Freimut, Gottes Wort zu reden. Heilungen, Zeichen und Wunder folgten.

Heute, im post-christlichen Zeitalter, sind die Christen aus der Öffentlichkeit so gut wie verschwunden. Glaube ist Privatsache, man trifft sich im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen. Die wenigen öffentlichen Auftritte sind zu zeitgeistgeschwängerten oder gar blasphemischen Veranstaltungen verkommen, von denen sich viele enttäuscht abwenden (Stichwort Kirchentag). Dieses Salz ist kraftlos geworden. »Es taugt zu nichts mehr, als dass es hinausgeworfen und von den Leuten zertreten werde« (Matthäus 5,13).

In diesen Tagen sehen wir, wie einander widerstreitende Parteien ihre Anhänger zu Tausenden mobilisieren. Einige glauben, die Entscheidung über Wohl und Wehe dieses Landes wird auf der Straße fallen. Und was machen wir Christen? Bleiben wir noch länger in Deckung oder tragen wir endlich mutig die Wahrheit nach draußen?

Seit Matthäus 28,19 haben wir den Auftrag, unseren Mitmenschen mit dem Evangelium zu dienen und unseren Herrn und Meister dabei groß zu machen. Er befähigt uns, im Glauben übers Wasser zu gehen, um in dieser ansteigenden Flut von Verwirrung und Chaos jedem, der willens ist, einen »Rettungsring« anzubieten. Wie sonst sollte diese Gesellschaft eine geistliche Erneuerung erfahren, wenn nicht durch uns? Lasst uns daher die selbstgewählten Katakomben verlassen und mit Herz und Hingabe auf den Plätzen unserer Städte aggressiv-sanftmütig evangelisieren und Gottesdienste feiern. Dann werden die *woken* Baals-Priester erkennen, dass ihr Götze tot ist (1. Könige 18) und die Nebukadnezars dieser Welt werden daran erinnert, dass nicht sie, sondern Gott die roten Linien setzt (Daniel 3).

»Bittet den Herrn der Ernte, dass er Arbeiter in seine Ernte aussende!« (Matthäus 9,38). Dieser Satz liest sich wie eine Stellenanzeige mit der Überschrift: Arbeiter (m/w/d) gesucht! Wobei »m« für mutig steht, »w« für wahrhaftig und »d« für dienend – Gott und unseren Nächsten.

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann über die Emailadresse anti.pas@gmx.de angeschrieben werden.



SPORT MIT BERTHOLD

ZUM NIEDERGANG DES DFB

Durch die stark ansteigende Kommerzialisierung der Nationalmannschaft hat der DFB schon lange seine Basis verloren. Das führte dazu, dass 2018 in Leipzig die *Confederation of Football*, kurz COF, gegründet wurde. Ausgerechnet in der Gründerstadt des DFB, der dort 1900 gegründet wurde, gibt es eine Alternative zum DFB.

Es ist auch ein anhaltender Aderlass an Mitgliedern zu verzeichnen. Das hängt natürlich auch mit dem grottenschlechten Abschneiden und der Außendarstellung der A-Nationalmannschaft zusammen. Hinzu kommen abgeschirmte Trainingseinheiten, ein verdunkelter Mannschaftsbus, keine Autogramme für die wartenden Fans. Wo bleibt die Menschlichkeit? Unter Rudi Völler soll sich das jetzt ändern.

Die Amateurvereine erhalten keine monetäre oder sonstige Unterstützung vom DFB, sollen aber brav ihre Abgaben und Gebühren zahlen. Es mangelt an Infrastruktur und Ausrüstung im ganzen Land. Wo sollen die Talente herkommen, wenn kein Kind mehr zum Training kommt? Die gesellschaftspolitische Verantwortung – der Mensch soll sich bewegen – geht völlig verloren. Wahrscheinlich ist das so gewollt.

POLITIK UND SPORT MÜSSEN GETRENNT SEIN

Der DFB ist ein aufgeblasener Apparat, der komplett reformiert werden muss. Das fängt beim Präsidium an, das meiner Meinung nach auf einen Präsidenten, Vizepräsidenten und Schatzmeister reduziert werden sollte. Nach meinem Kenntnisstand sind es aber aktuell neun Mitglieder, die sich das alles schön vergüten lassen.

Der DFB hat sich als Handlanger der Politik *geoutet*: Bandenwerbung zum Pokalfinale in Berlin pro Impfung geht gar nicht. Linientreu zur Politik verhält sich der Verband auch in Bezug auf den Ukrainekrieg. Vermittlungsversuche sind nicht in Sicht. Dabei kann der Fußball so viel bewegen. Ein gutes Beispiel ist der aktuelle Afrikameister, die Elfenbeiv nküste. Während des Rebellenkriegs wurde ein Länderspiel in die dortige Region verlegt – und ein halbes Jahr später der Friedensvertrag unterschrieben. Deutschland ist nach den USA der größte finanzielle Unterstützer der Ukraine. Die Verarmung schreitet im Eiltempo voran, aber Geld für Waffenexporte ist da. Anscheinend haben die Politiker nichts aus der Geschichte gelernt.

Der ganze Genderwahn dient nur zur Ablenkung und auch die Fanproteste gegen den DFB relativieren sich, wenn ich an die widerliche Kriegspolitik Deutschlands denken muss. Es ist zum Fremdschämen. Ich bleibe bei meinem Credo: Politik und Sport müssen getrennt sein.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»WIR SIND NICHT NUR FÜR DAS VERANTWORTLICH, WAS WIR TUN, SONDERN AUCH FÜR DAS, WAS WIR WIDERSTANDSLOS HINNEHMEN.«
ARTHUR SCHOPENHAUER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*